



Wortprotokoll

Der 183. Sitzung vom 3. Februar 1993

Resoconto integrale

della seduta n. 183 del 3 febbraio 1993

X. Legislatur
X. Legislatura
1988 - 1993



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 183. SITZUNG

3.2.1993

INDICE

Mozione n. 283/92 del 22.12.1992, presentata dal consigliere Viola, riguardante un'approfondita discussione con la Consulta socio-economica della Provincia intorno al suo ruolo ed alla sua funzione – (continuazione). pag. 3

Mozione n. 284/92 del 23.12.1992, presentata dal consigliere Viola, riguardante l'effettuazione di un'indagine demoscopica da parte dell'Istituto provinciale di statistica. pag. 9

Mozione n. 266/92 del 28.10.1992, presentata dal consigliere Viola, riguardante l'introduzione di un sistema di informazione ed orientamento per i non-vedenti (Pilot light). pag. 18

Mozione n. 303/93 del 21.1.1993, presentata dal consigliere Pahl, riguardante il divieto di fumo nei locali del Consiglio provinciale e il divieto di somministrazione di superalcolici nel bar interno del Consiglio. pag. 25

INHALTSVERZEICHNIS

Beschluantrag Nr. 283/92 vom 22.12.1992, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend eine eingehende Diskussion mit dem Landeswirtschafts- und Sozialbeirat über dessen Rolle und Aufgabe – (Fortsetzung). Seite 3

Beschlußantrag Nr. 284/92 vom 23.12.1992, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend die Durchführung einer Meinungsumfrage durch das Landesinstitut für Statistik. Seite 9

Beschlußantrag Nr. 266/92 vom 28.10.1992, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend die Einführung eines Informations- und Orientierungssystems für Blinde (Pilot light). . . . Seite 18

Beschlußantrag Nr. 303/93 vom 21.1.1993, eingebracht vom Abgeordneten Pahl, betreffend das Rauchverbot in den Räumlichkeiten des Landtages und Spirituosenkonsumverbot in der hauseigenen Bar des Landtages. Seite 25

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

ORE 10.24 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolls.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Wenn nicht, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Es wurden folgende Anfragen eingebracht: Nr. 2002/93 (Bolzonello), betreffend das öffentliche Verzeichnis der Telefonabonnenten der Gemeinde Algud; Nr. 2003/93 (Kußtatscher), betreffend die Bergbauern; Nr. 2004/93 (Holzmann), betreffend den Industriesektor; Nr. 2005/93 (Holzmann), betreffend die außerordentlichen Instandhaltungsarbeiten in der Mendelstraße; Nr. 2006/93 (Holzmann), betreffend die Langsamkeit bei den Beantwortungen der schriftlichen Anfragen von seiten des Industrieassessorates; Nr. 2007/93 (Holzmann), betreffend die Schutzmarke "Südtirol" auf den Äpfeln Südtirols.

Für die heutige Sitzung hat sich entschuldigt: Landesrat Achmüller für den ganzen Tag, Landesrat Ferretti für den Vormittag, Landeshauptmann Durnwalder und die Landesräte Hosp, Kofler, Saurer sowie die Abgeordneten Bauer, von Egen, Giacomuzzi und Peterlini für nachmittag.

Wir gehen zur Tagesordnung über, und zwar fahren wir mit der Behandlung des Beschlußantrages Nr. 283/92 fort.

Punkt 19 der Tagesordnung: **"Beschlußantrag Nr. 283/92 vom 22.12.1992, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend eine eingehende Diskussion mit dem Landes-, Wirtschafts- und Sozialbeirat über dessen Rolle und Aufgaben"** (Fortsetzung).

Punto 19) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 283/92 del 22.12.1992, presentata dal consigliere Viola, riguardante un'approfondita discussione con la Consulta socio-economica della Provincia intorno al suo ruolo ed alla sua funzione"** (continuazione).

Als nächster zu Wort gemeldet hatte sich gestern der Abgeordnete Benedikter. Bitte.

BENEDIKTER (UFS): Ich muß gestehen, daß ich ja der Urheber des Gesetzes war, womit dieser Wirtschafts- und Sozialbeirat, von dem in diesem Beschlußantrag die Rede ist, seinerzeit eingeführt worden ist und zwar Landes-, Wirtschafts- und Sozialbeirat, um überhaupt eine offizielle Form des Mitspracherechtes der Arbeitnehmer zu sichern, die ja keine Handelskammer haben, wo die Gewerkschaften als solche vom Land ja nicht in offizieller Form herangezogen werden dürfen. Und wir hatten hier auch anlässlich der Verabschiedung des Arbeitsmarktgesetzes eine Debatte und schon vorher anlässlich eines anderen Beschlußantrages vom Abgeordneten Viola. Ich habe dort meine Meinung geäußert. Und jetzt, wo dieses Gesetz in Kraft getreten ist, das Gesetz über die Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung, komme ich zum Schluß - zu einem ähnlichen Schluß wie Frasnelli in diesem Fall -, daß es keinen Sinn mehr hat, den Wirtschafts- und Sozialbeirat wieder aufleben zu lassen, sondern daß es, wenn das Arbeitsförderungsinstitut als solches endlich in Funktion tritt, sowieso notwendig ist, um kein Doppel zu haben, um keine Zweideutigkeiten übrig zu lassen, ihn abzuschaffen, denn es heißt im Gesetz: *"Das Institut soll Initiativen ergreifen, die den Arbeitnehmern in beruflicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nützen, ohne dabei die Vertragsautonomie der Gewerkschaftsorganisationen zu beeinträchtigen. Es führt Untersuchungen und Erhebungen auf wirtschaftlichem-sozialem Gebiet durch. Es nimmt Stellung zu den Wirtschaftsplänen und Programmen und es nimmt Stellung und macht Vorschläge zu Fragen der Ausrichtung der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik"*. Und noch dazu: *"Die Organe"*, die noch nicht näher bestellt sind, *"und die Vorschriften zur Organisation und Arbeitsweise des Institutes werden im entsprechenden Statut, das von der Landesregierung nach Anhören der landesrepräsentativen Gewerkschaftsorganisation genehmigt werden muß, geregelt"*. Dann haben wir eine Art Handelskammer der Arbeitnehmer. Das war ja der Zweck der Übung, daß sich dann die Partner, auf der einen Seite die Arbeitgeber, auf der anderen Seite die Arbeitnehmer, so vorbereitet, wie es hier für die Arbeitnehmer durch das Institut geschehen soll, treffen und zwar nicht in einer offiziellen Einrichtung, sondern, sagen wir, in voller Verhandlungsfreiheit, indem sie gegenseitig entscheiden, ob sie sich treffen wollen, worüber sie beraten wollen. Das, glaube ich, hat sich in dem Sinne bewährt, daß diese Sozialpartnerkommission, die ohne landesgesetzlich geregelt zu sein, sich in voller Freiheit immer wieder getroffen und Standpunkte geäußert hat, und zwar schon jahrelang, anstelle des Wirtschafts- und Sozialbeirates Standpunkte geäußert hat, auch hinsichtlich Landesgesetze usw. Ich bin der Ansicht, daß das die richtige Art und Weise ist. Beide Partner haben ihre Einrichtung, womit sie sich gründlich vorbereiten können und treffen sich dann, so wie sie es für gut erachten, ohne daß man diesbezüglich eine eigene Einrichtung schafft, womit dann wo möglich das Land einberuft und sagt *"Jetzt müßt Ihr Euch treffen und müßt gemeinsam ein Gutachten abgeben oder eine Stellung beziehen"*.

Und deswegen bin ich der Ansicht, daß, nachdem dieses Gesetz in Kraft getreten ist und ich davon ausgehe, daß es dann auch ordentlich funktionieren wird, mit Teilnahme der Gewerkschaften - ich weiß nicht, wieweit das gediehen ist -, der Wirtschafts- und Sozialbeirat sich wirklich erübrigt, auch auf dem Papier. Er erübrigt sich schon, ich weiß nicht genau, seit zehn Jahren, aber daß er auch auf dem Papier sich erübrigt und abgeschafft werden muß, damit man weiß, jetzt sind diese beiden Einrichtungen da und diese können sich treffen, so wie sie gegenseitig es für nützlich erachten und ihre Stellungnahmen abgeben zu allem, wo

sie glauben, daß es notwendig ist, so wie auch die Aufgabe des Institutes im Gesetz selbst gekennzeichnet wird, wo es heißt, daß sie Stellung nehmen *"zu den Wirtschaftsplänen und Programmen"*, bitte, das ist eines, *"und zu Fragen der Ausrichtung der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik"*, da ist alles enthalten.

Ich bin deswegen der Ansicht, daß es keinen Sinn hätte, das in Gang zu setzen, was der Kollege Viola jetzt vorschlägt.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Herr Präsident! Wir haben diesen Beschlußantrag bereits vor sechs Monaten diskutiert. Ich muß sagen, daß ich meine Meinung dazu nicht geändert habe. Ich teile im wesentlichen, um kurz zu sein, die These des Abgeordneten Benedikter, die er gerade dargelegt hat. Wir haben damals gesagt, daß eben ein neues Arbeitsmarktförderungsgesetz unterwegs ist. Mittlerweile ist das eingetroffen. Und wir glauben, daß durch dieses Gesetz eine neue Ebene der Beteiligung aller Sozialpartner geschaffen worden ist. Ich meine, wir müssen auch davon ausgehen - da können wir uns nichts vormachen -, daß dieser berühmte Sozialbeirat zwar seit dem Jahre 1972 auf dem Papier existiert, aber nie funktioniert hat. Gründe dafür wird es ja geben. Ich meine, die Zeiten haben sich geändert. 1972 war noch eine viel konfliktreichere Zeit. Es hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, daß dieser so konzipierte Wirtschafts- und Sozialbeirat eben doch nicht das Forum ist, das man sich gewünscht hätte, wo eben alle Divergenzen zwischen den Sozialpartnern ausgeglichen werden können. In der Tat haben sie sich gegenseitig behindert, so daß eigentlich nichts herausgekommen ist. Durch das neue Arbeitsmarktförderungsgesetz, das jetzt mittlerweile in Kraft getreten ist - und es wäre interessant zu erfahren, wieweit schon die Vorarbeiten gediehen sind, um eben operativ werden zu können - hat man ja etwas erreicht, was man sich lange Zeit gewünscht hat, daß beide Sozialpartner auch über die nötigen Instrumente verfügen, was bisher nicht der Fall war. Bisher hat man zwar großspurig von Sozialpartnerschaft geredet, aber in der Tat hat man nur einen Teil gemeint. Währenddem die Seite der Wirtschaft wohl dotiert war, ausgestattet mit Geld, Büros, Wissenschaft usw., war der Arbeitnehmerteil, sagen wir, eine eher improvisierte Gesellschaft. Durch dieses neue Gesetz haben wir eine effektive Gleichstellung, und somit können in Zukunft tatsächlich beide Partner als Partner behandelt werden. Bisher war ja das Wort Partnerschaft ein Hohn. Partnerschaft setzt voraus, daß man auf einer gleichen Ebene operieren kann.

Wir glauben also, daß es wenig Sinn hat, hier jetzt ein Organ wieder aufzumöbeln, daß sich, aus welchen Gründen auch immer, totgelaufen hat, und würden uns eher dafür einsetzen, daß möglichst rasch all jene Voraussetzungen erfüllt werden, die das neue Gesetz vorsieht. Dann, glaube ich, hat man einen Tisch - nachdem jetzt ja die Tische sehr modern sind, die runden usw. -, an dem effektiv Sozialpartnerschaft geübt werden kann.

VIOLA (PDS): Risponderò brevemente alle osservazioni fatte. Mi pare che l'argomento fondamentale usato dai colleghi che non erano d'accordo, mentre, se ho ben capito, è d'accordo il gruppo del Movimento Sociale...

PRÄSIDENT: Abgeordneter Viola, wollen Sie jetzt die Replik zum Beschlußantrag machen.

VIOLA (PDS): No.

PRÄSIDENT: Wenn Sie zuerst die Antwort der Landesregierung haben wollen, dann müssen Sie noch etwas Geduld haben.

Bitte, Herr Landeshauptmann.

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Bereits mehrmals ist über den Wirtschafts- und Sozialbeirat gesprochen worden und Sie alle wissen, daß wir uns auch in den zuständigen politischen Gremien mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, denn wir möchten wirklich das Wort Sozialpartnerschaft nicht nur in den Mund nehmen, sondern dieselbe auch praktizieren. Wir glauben aber, daß das Praktizieren dieser Sozialpartnerschaft aufgrund sachlicher Ebenen erfolgen sollte, in einer Form, wo wirklich die Probleme diskutiert und nicht nur zerredet werden können, wo wirklich Gremien eingerichtet werden, wo die Möglichkeit besteht, in unkomplizierter, offener und unbürokratischer Form all die Probleme zu besprechen, die die einzelnen Sozialpartner interessieren.

Nun, Kollege Viola, wissen Sie besser als ich, daß die Sozialpartnerschaft schon praktiziert wird, praktiziert wird in den einzelnen Betrieben, auch praktiziert wird bei der Festlegung der einzelnen Initiativen und zwar in der Art und Weise, daß auf Landesebene einige Einrichtungen bestehen, wo die Sozialpartnerschaft wirklich praktiziert werden kann. Sie wissen, daß beim Wirtschafts- und Sozialinstitut eine Möglichkeit aufrecht erhalten wird, wo sich die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerverbände ständig treffen. Sie werden sagen: *"Ja, das stimmt, aber hier nehmen nur die Deutschsprachigen teil"*. Das kann auch stimmen. Sie wissen aber weiter, daß ich als Einrichtung eingeführt habe, daß ich mich zweimal im Jahr mit allen Gewerkschaftsverbänden treffe. Und erst kürzlich habe ich mich wieder getroffen, um die Probleme der Industriezone Bozen zu diskutieren. Bei dieser Gelegenheit werden die Themen besprochen, die die Arbeitnehmerschaft interessieren. Und ich glaube, daß auf diese Art und Weise die Möglichkeit besteht, daß die einzelnen Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer zu den aktuellen Themen unseres Landes Stellung nehmen können, auch zu Gesetzen, sei es Vollbeschäftigung, sei es Arbeitssicherheit, sei es Fragen der Betreuung der Arbeitnehmer, wie Mensa usw. All diese Probleme werden bei diesen Zusammenkünften ständig diskutiert. Auch Gesetzentwürfe werden mit den Gewerkschaften diskutiert. Sie wissen ja, daß dann auch entsprechende Kommuniqués gemacht werden, die dann in der Presse mitgeteilt werden.

Sie sagen: *"Ja, gut, das ist irgendwie eine freiwillige Initiative, ist aber keine Einrichtung, die vom Gesetz vorgesehen ist. Man sollte doch die Einrichtung wahrnehmen, die vom Gesetz vorgesehen ist, und das wäre der Wirtschafts- und Sozialbeirat."* Wir wollten diesen Wirtschafts- und Sozialbeirat auch einrichten, und wie bereits gestern Kollege Frasnelli gesagt hat, hat man mit den Gewerkschaftsverbänden usw. auch Kontakt aufgenommen, weil es ja in bezug auf die Zusammensetzung des Wirtschafts- und Sozialbeirates immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat: Wer soll in welcher Form vertreten sein? Mit wieviel Personen? Und ähnliches. Nun, die Arbeitnehmervertreter waren, wenn ich sie richtig interpretiert habe, der Auffassung, daß für sie zunächst einmal wichtiger wäre, das Gesetz über die Einrichtung des Arbeitsinstitutes über die Bühne gehen zu lassen.

Und wir haben diese Einrichtung auch geschaffen. Das Arbeitsförderungsinstitut ist eingerichtet worden und sollte eigentlich der Sitz der Arbeitnehmerorganisationen, -verbände usw. sein. Das heißt, daß in diesem Zusammenhang entsprechende Studien angestellt werden können, daß Fragen der Arbeitnehmer usw. besprochen werden können und daß gleichzeitig diese Institutionen als Paralleleinrichtung der Handelskammer, auch dann mit der Handelskammer als Vertreter der Wirtschaftskategorien, in sozialpartnerischer Hinsicht zusammenarbeiten sollten. Ich glaube also, daß auf diese Art und Weise sicher mehr getan worden ist, als wenn wir unter diesen Voraussetzungen den Wirtschafts- und Sozialbeirat eingerichtet hätten. Ich glaube, wir müssen uns auch hüten, daß zu viele Einrichtungen auf Landesebene geschaffen werden, denn wenn zu viele Einrichtungen bestehen, dann werden die einzelnen Initiativen zerredet und nicht mehr besprochen und gelöst.

Aus dem Grunde bin ich der Ansicht, daß es vernünftiger ist, jetzt mit dem Arbeitsförderungsinstitut, als Vertretung der Arbeitnehmerschaft, und mit der Handelskammer, als Vertretung der Arbeitgeberschaft, weiterzumachen und diese beiden dann versuchen sollten, zu den einzelnen Wirtschaftsinitiativen, Sozialinitiativen, kulturellen Initiativen, Stellung zu nehmen. Das ist sicher der bessere Weg. Andererseits, muß ich Ihnen sagen, daß es jetzt sowieso keinen Sinn mehr hätte, diese Einrichtung zu schaffen, denn bis die einzelnen Vertreter namhaft gemacht wären, wäre es ohnedies bereits zu spät und es hätte dann keinen Sinn mehr, daß überhaupt diese Einrichtung jetzt noch im letzten Vierteljahr dieser Amtsperiode eingerichtet würde. Wennschon müßte das in der kommenden Amtsperiode starten. Dort wird das sicher auch dann wieder ein Teil des Koalitionsabkommens sein. Das wird sicher eine politische Entscheidung sein, die dann letzten Endes auch der Landtag durch die Genehmigung des Koalitionsabkommens mittragen wird. Aus diesem Grund bin ich also der Meinung, daß es keinen Sinn hätte, jetzt diesen Wirtschafts- und Sozialbeirat aufgrund des bereits Besagten und des auch vom Kollegen Frasnelli Erörterten einzurichten.

VIOLA (PDS): Ho seguito attentamente le osservazioni fatte dai colleghi, sia ieri che oggi, su questa mia proposta e devo dire che, a differenza di quanto è successo altre volte, il dibattito è stato molto serio. I colleghi sono entrati nel merito con una serie di argomentazioni che per quanto riguarda coloro che erano contrari avevano anche molto in comune e che sono sicuramente degne di attenzione. Resto però dell'avviso che la questione fondamentale sollevata dalla mia mozione non sia stata completamente risolta dalle obiezioni che mi sono state mosse; posso sbagliarmi, ma naturalmente questa è la mia opinione.

E' evidente che la creazione del nuovo istituto per il lavoro "Arbeitsförderungsinstitut" è ovviamente un fatto estremamente positivo, ma, attenzione, è un fatto estremamente positivo sulla carta; dipenderà poi da come funziona e dalla volontà politica, ma è evidente che questo istituto nuovo cambia il quadro di riferimento; su questo non ci sono dubbi. E' un fatto estremamente positivo perché in questo modo, per la prima volta dal dopoguerra, con un ritardo che ha un significato politico tanto per essere chiari, non è dovuto alla calamità dei tempi. In questo modo anche i lavoratori hanno uno strumento che potenzialmente è di estrema utilità, sia per difendere le loro posizioni che per elaborarle. Questo strumento li mette finalmente, almeno potenzialmente, sullo stesso piano della strumentazione teorica della Camera di Commercio.

Resto tuttavia dell'opinione che questa novità così importante non renda di fatto superfluo il vecchio strumento esistente. Il fatto che la Consulta Economico-Sociale della Provincia non abbia mai funzionato realmente negli ultimi 20 anni, e che negli ultimi 4 anni addirittura non sia mai stata riunita, dipende - parliamoci chiaro - da difficoltà interne, dalla necessità di adattare e rinnovare meglio la legge istitutiva e in parte anche dal fatto che non c'è mai stato all'interno della SVP un autentico interesse a questo famoso concetto di "Sozialpartnerschaft". Questa Consulta viene intesa come una riunione soltanto fra le forze interne alla SVP, quindi interne ad un partito, mentre vengono disattesi i rapporti con i sindacati, anche se va dato merito al Presidente Durnwalder di aver introdotto per la prima volta questa iniziativa, ovvero che i sindacati solo dopo il 1989 hanno potuto ottenere una regolare udienza in forme separate. Nel nuovo panorama è prevista, quando funzionerà, la "Arbeiterkammer", cioè sono previsti gli incontri della Giunta con i sindacati da un lato e gli imprenditori dall'altro; manca però il momento comune di incontro ufficiale fra queste realtà.

Come sa benissimo il collega Benedikter, che ha letto del resto la legge, la nuova "Arbeiterkammer" riguarda gli "Arbeitnehmer". Mi sembra strano, proprio data l'ideologia della SVP e anche l'ideologia un po' di questa zona, che non si ritenga importante anche il momento ufficiale del confronto, perché sembra quasi si sia ritornati ad una situazione conflittuale o quasi conflittuale dei rapporti fra l'economia e le forze sociali. Mi sembra evidente che da un lato la Consulta Economico-Sociale esistente vada rinnovata, ristudiata, rivitalizzata, dall'altro, però, che mantenga la sua validità. L'opinione che ho oggi è diversa da quella che avevo 25 anni fa - ma si cambia - e dal mio punto di vista lo strumento della Consulta può essere potenzialmente di estremo interesse, perché prevede un momento ufficiale di confronto che non è previsto in nessun'altra maniera. Questo strumento di confronto potrebbe essere rilanciato proprio perché adesso gli Arbeitnehmer hanno sulla carta uno strumento che finalmente li mette sullo stesso piano degli imprenditori. Mi sembra che da questa novità dovrebbe scaturire il fatto non che si renda superflua l'attuale Consulta, ma la necessità di un suo ripensamento, di un suo rilancio. Se si va a vedere la parte impegnativa della mia mozione si dice sostanzialmente di provocare una riunione di questa consulta e poi di consultarsi con la Consulta per vedere come cambiare eventualmente la legge alla luce delle novità. Questo non è stato fatto, per cui mantengo la mia opinione al riguardo.

Quanto poi alle considerazioni, anche vere, sui tempi, innanzitutto deve dire che non sono io responsabile del ritardo, perché questi problemi li avevo posti nel 1990; quindi se c'è stato un ritardo non è certo colpa mia. Lo riconduco comunque ad una certa valutazione politica complessiva, che io non condivido; in ogni caso cominciare adesso significherebbe guadagnare tempo.

Per concludere, il "Landeshauptmann", in modo un po' scherzoso, ha detto che se ne discuterà nella prossima legislatura. Noi, come tutti sappiamo, siamo nell'anno per così dire degli esami di maturità, anche se questi esami sono più severi degli esami di maturità stessi; quindi non sono in grado di dire se avrò il piacere o l'onore di essere di nuovo in questo Consiglio, però preannuncio già adesso che ripresenterò il problema il prossimo anno e mi piacerebbe che non mi si venisse a dire che non c'è tempo, che il problema è superato o qualcosa d'altro.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

SANDRO PELLEGRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Pongo in votazione la mozione: respinta con 4 voti favorevoli, 1 astensione e i rimanenti voti contrari.

Punto 20) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 284/92 del 23.12.1992, presentata dal consigliere Viola, riguardante l'effettuazione di un'indagine demoscopica da parte dell'Istituto provinciale di statistica**".

Punkt 20 der Tagesordnung: "**Beschluantrag Nr. 284/92 vom 23.12.1992, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend die Durchführung einer Meinungsumfrage durch das Landesinstitut für Statistik**".

Il Consiglio provinciale ha approvato nel 1989 una mozione che invitava la Giunta ad incaricare l'Istituto provinciale di statistica (ASTAT) di condurre periodicamente indagini demoscopiche intorno agli atteggiamenti della popolazione di fronte a vari problemi di natura sociale, economica, politica o culturale. Ci allo scopo di mettere a disposizione del mondo politico e della pubblica amministrazione preziosi elementi conoscitivi per orientare pi efficacemente i loro interventi.

In seguito a questa mozione, l'ASTAT ha effettuato un'indagine demoscopica intervistando tramite un questionario 1266 abitanti della provincia di Bolzano su due temi: la qualit della vita e le relazioni fra i gruppi linguistici. I primi risultati di quest'indagine sono stati pubblicati nel dicembre 1991.

Nell'indagine riguardante i rapporti fra i gruppi linguistici, sono stati analizzati principalmente gli aspetti sociali, culturali e politici della convivenza: la percezione soggettiva dei problemi, l'atteggiamento in materia di autonomia e proporzionale, la valutazione sulla situazione dei singoli gruppi linguistici.

I risultati sono di notevole interesse. Da un lato vi  il dato confortante che la maggioranza degli intervistati ha percepito, rispetto al passato, un miglioramento per quanto concerne la convivenza, anche se questo ottimismo  meno pronunciato nel gruppo linguistico italiano. Tutt'altro che confortanti sono invece i dati riguardanti la valutazione generale degli intervistati sulla situazione creata dall'autonomia. Il 38% degli intervistati di lingua tedesca, il 46% di quelli di lingua ladina e il 78% di quelli di lingua italiana ritengono il gruppo linguistico a cui appartengono svantaggiato rispetto agli altri due gruppi.

Queste marcate differenze fra i tre gruppi nella percezione e nella valutazione dell'autonomia ed in particolare l'elevata percentuale di "scontenti" fra il gruppo linguistico italiano rappresentano, con tutta evidenza, un segnale di particolare gravit e pongono la Giunta e il Consiglio provinciale di fronte alla necessit di una approfondita riflessione. In altri termini occorre riflettere seriamente sul rischio che la costruzione giuridico-istituzionale dell'Autonomia, pur di straordinaria e decisiva importanza, resti incompleta se non  percepita anche soggettivamente come valore

ugualmente positivo da tutti i gruppi linguistici e ne sia quindi di fatto indebolita.

Compito dell'agire politico è allora quello di tenere conto lucidamente di questa situazione e di organizzare una serie di "azioni positive" perché la percentuale dei cittadini che credono di essere svantaggiati da questa autonomia si riduca rapidamente. Per poter agire razionalmente in questo senso, è opportuno disporre di ulteriori e più approfondite informazioni sulle ragioni che hanno portato ai risultati emersi dalla citata indagine ASTAT.

I dati a disposizione, pur così importanti, sono il frutto di una procedura di ricerca demoscopica di tipo quantitativo. Questo metodo si basa sulla somministrazione agli intervistati di un questionario predefinito, consistente in una precisa serie di domande ciascuna delle quali prevede un ventaglio di risposte prefissate, all'interno delle quali l'intervistato può contrassegnare quella per lui più adeguata. E' così possibile giungere ad una quantificazione rigorosa delle risposte, con l'ulteriore vantaggio della possibilità di rielaborare e incrociare successivamente in modo assai differenziato e sofisticato i dati così raccolti.

Anche se i dati raccolti da queste indagini di tipo quantitativo sono indiscutibilmente assai utili, non danno tuttavia elementi di informazione sulle motivazioni individuali che portano a determinati atteggiamenti d'opinione. Questo ulteriore livello di approfondimento è invece possibile con le indagini demoscopiche del tipo cosiddetto "qualitativo".

La ricerca qualitativa consente di individuare con sufficiente approssimazione le motivazioni profonde socio-psicologiche di tipo individuale che stanno dietro le risposte precedentemente individuate dalla ricerca quantitativa. Il metodo usato dalla ricerca sociologica qualitativa si basa non sulla somministrazione di questionari, ma sull'impiego della intervista qualitativa di tipo individualizzato. Questo metodo di intervista è definito dalle scienze sociali in modo vario: "Tiefeninterview", intervista narrativa, intervista intensiva, colloquio non strutturato, intervista non direttiva ecc., ed ha la caratteristica di ricercare in un libero colloquio con l'intervistato le motivazioni profonde e individualizzate di determinati atteggiamenti.

Va inoltre aggiunto che mentre l'indagine demoscopica di tipo quantitativo intervista tramite un questionario un numero relativamente elevato di soggetti, l'indagine qualitativa opera invece con un numero sensibilmente più ristretto di "Tiefeninterviews".

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

i m p e g n a

la Giunta provinciale

ad incaricare l'Istituto provinciale di statistica (o, in caso di sua indisponibilità, un altro istituto specializzato in indagini demoscopiche) di effettuare una indagine demoscopica di tipo qualitativo, sulle motivazioni individuali delle risposte sulla convivenza ottenute tramite la precedente citata ricerca quantitativa dell'ASTAT.

Der Südtiroler Landtag hat im Jahr 1989 einen Beschlußantrag genehmigt, mit dem die Landesregierung verpflichtet wurde, das Landesinstitut für Statistik (ASTAT) zu beauftragen, periodisch Meinungsumfragen

über die Einstellung der Bevölkerung zu den verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Problemen durchzuführen. Dies, um den politischen Kräften und der öffentlichen Verwaltung wertvolle Daten zur Verfügung zu stellen, nach denen sie ihre Maßnahmen zielführender ausrichten können.

Infolge dieses Beschlusses hat das ASTAT eine Meinungsumfrage durchgeführt und mittels Fragebogen 1266 Einwohner der Provinz Bozen über zwei Themen befragt: die Lebensqualität und die Beziehungen zwischen den Sprachgruppen. Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung wurden im Dezember 1991 veröffentlicht.

In der Umfrage über die Beziehungen zwischen den Sprachgruppen wurden hauptsächlich die sozialen, kulturellen und politischen Aspekte des Zusammenlebens analysiert: die subjektive Sicht der Probleme, die Meinungen über Autonomie und Proporz, die Beurteilung der Situation der einzelnen Sprachgruppen.

Die Ergebnisse sind recht interessant. Einerseits ist es tröstlich, daß die Mehrheit der Befragten im Vergleich zur Vergangenheit eine Verbesserung des Zusammenlebens verspürte, auch wenn dieser Optimismus bei der italienischen Sprachgruppe weniger ausgeprägt ist. Alles eher als tröstlich sind hingegen die Daten in bezug auf die allgemeine Beurteilung der Befragten in bezug auf die Situation als Ergebnis der Autonomie. 38 % der Befragten deutscher, 46 % jener ladinischer und 78 % jener italienischer Muttersprache erachten die Sprachgruppe, der sie jeweils angehören, im Vergleich zu den anderen beiden Sprachgruppen für benachteiligt.

Diese deutlich unterschiedliche Wahrnehmung und Beurteilung der Autonomie unter den drei Sprachgruppen und vor allem der hohe Prozentsatz an "Unzufriedenen" unter der italienischen Sprachgruppe sind ganz offensichtlich ein äußerst besorgniserregendes Signal und stellen die Landesregierung und den Landtag vor die Notwendigkeit eingehender Überlegungen. Mit anderen Worten, es muß ernstlich über das Risiko nachgedacht werden, daß der juristisch- institutionelle Aufbau der Autonomie, wenn auch von außerordentlicher und entscheidender Bedeutung, unvollendet bleibt, wenn er nicht auch subjektiv von allen Sprachgruppen gleich positiv erlebt wird, da sie sonst geschwächt würde.

Es ist somit Aufgabe des politischen Handelns, ganz klar dieser Situation bewußt zu sein und eine Reihe von "positiven Aktionen" zu setzen, damit der Prozentsatz der Bürger, die glauben, von dieser Autonomie benachteiligt zu sein, rasch zurückgeht. Um rationell in diesem Sinne tätig werden zu können, sollte man über weitere nähere Informationen über die Gründe verfügen, die zu den Ergebnissen der erwähnten ASTAT-Umfrage geführt haben.

Diese - wenn auch sehr wichtigen - Daten sind das Ergebnis einer Befragungsform quantitativer Art. Diese Methode stützt sich auf die Verteilung eines vorgefertigten Fragebogens, der aus einer ganz bestimmten Reihe von Fragen besteht, von denen jede mehrere vorgegebene Antworten anbietet, unter denen der Befragte die für ihn zutreffende ankreuzen kann. Auf diese Weise ist es möglich, zu einer rigorosen Quantifizierung der Antworten zu gelangen, mit dem weiteren Vorteil, daß anschließend die so gesammelten Daten ausgearbeitet und auf sehr differenzierte und ausgeklügelte Art und Weise verknüpft werden können.

Auch wenn die durch diese Umfragen quantitativer Art gesammelten Daten zweifellos sehr nützlich sind, so geben sie jedoch keinerlei Aufschluß über die individuellen Gründe, die zu bestimmten Meinungen führen. Dies wäre hingegen mit den sogenannten Umfragen "qualitativer" Art möglich.

Die qualitative Untersuchung ermöglicht es, annähernd die sozialpsychologischen individuellen Gründe zu erforschen, die den durch die quantitative Untersuchung ermittelten Antworten zugrunde liegen. Die bei der soziologischen qualitativen Umfrage angewandte Methode stützt sich nicht auf die Verteilung von Fragebögen, sondern auf ein personalisiertes qualitatives Interview. Dieser Interviewmethode wird von den Sozialwissenschaften auf verschiedene Weise definiert: Tiefeninterview, Gesprächsinterview, Intensivinterview, unstrukturiertes Gespräch, nicht gesteuertes Interview usw., und besteht darin, in einem freien Gespräch mit dem Interviewten die wirklichen und persönlichen Gründe für bestimmte Gesichtspunkte und Haltungen zu erfahren.

Dazu noch folgendes: Während bei der Meinungsumfrage quantitativer Art mittels eines Fragebogens eine relativ hohe Anzahl von Personen befragt wird, handelt es sich bei der qualitativen Umfrage hingegen um eine viel beschränktere Anzahl an Tiefeninterviews.

Dies vorausgeschickt,

*verpflichtet
DER SÜDTIROLER LANDTAG
die Landesregierung,*

das Landesinstitut für Statistik (ASTAT) - oder für den Fall, daß dieses nicht zur Verfügung steht, ein anderes Meinungsforschungsinstitut - zu beauftragen, eine Meinungsumfrage qualitativer Art über die individuellen Gründe für die Antworten über das Zusammenleben durchzuführen, die anhand der erwähnten quantitativen Umfrage des ASTAT gesammelt wurden.

Il consigliere Viola ha la parola per l'illustrazione.

VIOLA (PDS): Chiedo un po' di pazienza per illustrare la mozione. E' una mozione a cui personalmente annetto una certa importanza e questo riguarda tutti i consiglieri per tutte le loro mozioni. Il Consiglio provinciale, come qui dico, aveva approvato una mozione, che se la memoria non mi inganna era una mozione presentata da Frasnelli della SVP, che io votai con grande convinzione, la quale stabiliva il principio di fare il più possibile delle indagini demoscopiche su vari atteggiamenti della popolazione - non ricordo adesso a memoria - per orientare meglio l'azione politica, conoscendo le opinioni, le aspettative, se vogliamo anche le paure della popolazione.

Proprio in seguito a questa mozione, che è stata una mozione importante, una mozione che avrei voluto presentare io per dire che mi piaceva molto, l'ASTAT ha effettuato un'importantissima indagine demoscopica. Questa indagine ha riguardato, come qui espongo più o meno diffusamente, fra le altre cose il problema delle relazioni tra i gruppi linguistici. La posso definire come l'indagine demoscopica più importante, più interessante per quello che riguarda la nostra autonomia, evidentemente perché si tratta di cercare di ricostruire quali sono questi atteggiamenti.

L'indagine è stata pubblicata, c'è stata anche una certa eco, tuttavia le forze politiche, soprattutto quelle di maggioranza, non hanno tenuto nel debito conto, per la sua eccezionale importanza e anche per la sua serietà scientifica, i risultati di questa indagine, che se da un lato sono sicuramente confortanti, come scrivo nel mio documento, in quanto rilevano un miglioramento del clima complessivo nei rapporti fra i gruppi linguistici, dall'altro lato tuttavia hanno mostrato con una chiarezza, cosa che prima non si conosceva, che si poteva forse intuire, un dato che io non voglio drammatizzare, ma che merita una certa attenzione. Il campione è stato fatto in maniera scientificamente molto corretta - mi è stato detto da esperti, perché non sono in grado di valutarlo direttamente - su campioni molti alti, perché 1266 questionari distribuiti a 1266 abitanti sono una cifra molto alta per un campione di questo tipo. I risultati hanno dimostrato una situazione che merita la massima attenzione e cioè che in forma totale o parziale - qui non ho dettagliato per ragioni di spazio - il 38% degli intervistati di lingua tedesca, il 46% di lingua ladina e il 78% di quelli di lingua italiana ritengono il loro gruppo linguistico svantaggiato rispetto agli altri due gruppi. Questo è un dato preoccupante, un dato che ci deve spingere ad ulteriori approfondimenti allo scopo poi di intervenire.

Ho chiamato queste azioni, azioni positive, intendendo come fondamentale la politica complessiva, cioè l'azione politica di tutto il Consiglio. Le ho chiamate azioni positive sul modello della terminologia usata per le "Chancengleichheiten", per le pari uguaglianze ed opportunità tra uomo e donna, per arrivare a migliorare questa cosa. La situazione dei rapporti e delle valutazioni soggettive va valutata direi quasi anno per anno; è una specie di termometro che serve a misurare una temperatura che per noi deve essere molto importante. I dati fra l'altro non sono ancora stati completamente elaborati, perché evidentemente l'ASTAT ha moltissime altre incombenze da assolvere, però sono in grado di dire, sulla base non delle mie conoscenze di statistica, ma dalle informazioni abbastanza accurate che ho cercato di raccogliere, che sarebbe necessario fare un ulteriore approfondimento, un passo di qualità in questa indagine.

Come qui motivo ampiamente, questo questionario funziona con il sistema della ricerca quantitativa, vale a dire che gli intervistatori somministrano un numero prefissato e prestrutturato scientificamente di domande, da cui non si può deflettere e a cui l'intervistato deve rispondere. In questo modo riusciamo certamente ad avere un'elaborazione dati molto precisa e computerizzata, molto raffinata, che dà una prima indicazione di grande valore, però non sappiamo le motivazioni individuali profonde per cui una certa persona si dichiara scontenta. Sappiamo che è scontenta, vengono indicati i punti dove è scontenta, ma il perché soggettivamente, individualmente, non è dato rilevare da questo strumento, perché non permette di raccogliere questi dati.

Esiste, elaborato da decenni, sperimentato in migliaia di situazioni in Italia e all'estero, quello che io considererei il passo successivo e naturale di questo tipo di indagine, che è un'indagine di tipo qualitativo. Ho parlato con vari esperti, mi sono un po' immerso nelle biblioteche locali, che non sono nemmeno poi tanto fornite, per conoscere le voci che riguardano le indagini qualitative, e c'è un termine straniero, un po' tedesco e un po' inglese, che rende abbastanza bene l'idea: la "Tiefeninterview". E' un'intervista in cui io non vado a dire: "Lei fra queste quattro domande dove mette la crocetta?", ma in cui in una specie di dialogo, che può durare una o due ore, non strutturato, ma informale, che presuppone un particolare addestramento da parte dell'intervistatore e che presuppone anche il costituirsi di

un certo rapporto di comunicazione e di fiducia tra intervistatore e intervistato, si riesce in qualche maniera a fare quel passo avanti di cui sottolineavo prima la necessità. Quindi si riesce in qualche maniera a capire per quale ragione si arriva ad una determinata risposta, ad un determinato atteggiamento. In un'indagine di tipo quantitativo bisogna partire da una media di un migliaio di questionari; per quanto riguarda invece questa indagine di tipo qualitativo, questa richiede un particolare addestramento. Ci sono i tecnici che lo fanno abitualmente; il marketing privato fa spessissimo indagini di tipo qualitativo per conoscere l'indice di gradimento dei suoi prodotti, ma ha bisogno di numeri molto più bassi. Già con 50 interviste strutturate di questo tipo si ottengono risultati importanti; con 100 mi dicono gli esperti si ha un campione veramente buono.

Concludo chiedendo semplicemente alla Giunta provinciale, attraverso l'ASTAT in primo luogo, che è il nostro istituto, e se l'ASTAT non può, perché in questo momento ha carenze di personale in quanto deve fare cose più importanti ed immediate, attraverso un'agenzia specializzata in questo tipo di ricerche - ce ne sono in Italia, in Europa, dovunque - e in collegamento con l'ASTAT di fare un ulteriore passo di approfondimento e di ricerca, passando dal quantitativo al qualitativo in modo da avere un quadro ancora più completo nella direzione della profondità degli atteggiamenti della nostra popolazione in riferimento ai rapporti fra i gruppi etnici, la convivenza, e cose di queste genere. Il concetto è sempre quello di partire dalle domande e dal tipo di impostazione della precedente ricerca quantitativa. Mi sembra che sia una richiesta fondata che ci potrebbe dare dei dati di grande utilità in questo momento mancanti, per orientare sempre al meglio, per quanto è possibile, la nostra azione politica.

KLOTZ (UFS): Die Union für Südtirol kommt, ausgehend von diesen Daten und Ergebnissen, zu einem ganz anderen Schluß, nämlich, daß es erstens einer Volksbefragung bedürfte. Infolgedessen ist eine Meinungsumfrage, die nur einen winzigen Teil der Bevölkerung erfaßt, nicht zielführend und schon gar nicht ein Tiefeninterview. In keiner Weise! Dann könnte man sagen, wenn so viele mit der derzeitigen Regelung und mit der Politik unzufrieden sind, dann wäre es doch an der Zeit, an etwas anderes zu denken. Und wir schlagen seit jeher die Volksabstimmung zu diesem Thema vor und dann entsprechend die politische Ausrichtung auf einen anderen Weg. Wir haben ganz klar und immer wiederholt, daß das eben die Unabhängigkeit unseres Landes sein sollte.

Ich muß ganz ehrlich sagen, Herr Kollege Viola, wenn ich diesen Beschlußantrag lese, dann kann ich nur den Kopf schütteln, weil hier die Relation nicht mehr stimmt. Wenn wir schauen, was wenige Kilometer von uns entfernt passiert und daß wir hier Geld, Millionen oder noch mehr für Tiefeninterviews ausgeben sollten, dann muß ich sagen, geht das schon in die Schizophrenie. Stellen wir das Geld für die geschundene, vergewaltigte Bevölkerung Bosniens bereit. Dann haben wir auch für unsere Bevölkerung mehr psychologische Hygiene betrieben, als wenn wir hier Tiefeninterviews durchführen. Denn immerhin, obwohl soundsoviele unzufrieden sind, aber diese Art von Leiden hat bei uns niemand durchzustehen. Wir sind die ersten, die behaupten und immer wieder den Fragen auf den Grund gehen, daß sehr viele ungerecht behandelt werden, daß es Übergriffe von seiten der Staatsgewalt gibt, daß es Unregelmäßigkeiten gibt, daß es vor allen Dingen aber im maßvollen Anwenden von verschiedenen Bestimmungen, gerade bei Polizeifinanzern, nicht stimmt. Da sind wir die

ersten, die das anmahnen und die dazu immer wieder Briefe an den Herrn Landeshauptmann, an den Regierungskommissär und an den Quästor schicken, wenn es darum geht. Aber vor allen Dingen, Kollege Viola, wissen wir zu einem großen Teil, worauf die sogenannte Unzufriedenheit der 78 % der italienischen Bevölkerung zurückzuführen ist, nämlich, weil sie auf ihre Privilegien aus der Zeit des Faschismus nicht verzichten wollen. Das ist es vor allen Dingen, weil sie bis heute nicht anerkennen wollen, daß das hier Tiroler Land ist, mit angestammter Tiroler Bevölkerung, in welcher auch diese Tiroler Bevölkerung das Recht auf angemessene Freiheit, auf die eigene Lebensweise, auf Sitten, Gebräuche hat und vor allen Dingen auf die Rechte, wie beispielsweise auf das Recht der Muttersprache in allen Bereichen. Also ich möchte sagen, ein ganz guter Teil davon will nur von den alten Privilegien nicht abrücken, Kollege Viola. Und solange Du und Deine Partei nicht einmal gewillt seid, die angestammten, geschichtlich gewordenen Ortsnamen in Südtirol amtlich werden zu lassen, kann ich Dir hier in diesem Beschlußantrag nicht folgen, daß es Dir wirklich ernst ist mit der Gerechtigkeit. Infolgedessen ein klares Nein zu diesem Beschlußantrag.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann der ethnoklassenkämpferischen Linie der Kollegin Klotz natürlich nicht Folge leisten. Wir sind auch gegen diesen Beschlußantrag, allerdings aus anderen Begründungen. Auch wir erachten die Umfrage, die seinerzeit das ASTAT zum Thema *"Einstellung der Bevölkerung zu verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Problemen"* durchgeführt hat, als wichtig und bedeutend. Auch wir sind der Meinung, daß diese Umfrage nicht zuletzt auf den Beschlußantrag zurückgeht, den unsere Fraktion damals im Südtiroler Landtag eingebracht hatte. In recht repräsentativer Art und Weise, sofern man das als Nicht-Fachmann feststellen kann, sind Einzelpersonen aus den verschiedenen Sprachgruppen zu sozialen, kulturellen und politischen Aspekten der Autonomie, des Zusammenlebens in Südtirol befragt worden. Und jede einzelne befragte Person hat ihre einzelne subjektive, qualitativ wertvolle und verwertbare Meinung zum Ausdruck bringen können und zum Ausdruck gebracht. Im Sinne der wissenschaftlichen Spielregeln in der Statistik ist es zu einer Zusammenfassung dieser unterschiedlichen einzelnen Meinungen gekommen und diese Summe - das ist ja Sinn und Zweck der Statistik - hat ihre Aussagekraft aus unserer Sicht, sei es in quantitativer, sei es in qualitativer Hinsicht, insbesondere dann, wenn es um die Parameter der Lebensqualität und die Untergruppen in diesem Bereich geht. Was kommt denn da anderes zum Ausdruck, als die persönliche, subjektive, qualitative Ansicht der Bürger in Summe? Und nun kommt der Abgeordnete Viola her und sagt, man möge das bisherige Ergebnis in eine ganz bestimmte Richtung vertiefen, und er gibt nun die wissenschaftliche Methode vor. Er schlüsselt das ja im Detail auf. Unsere Meinung ist die: Wenn das ASTAT es für notwendig und sinnvoll erachtet, eine Vertiefung, eine Fortsetzung, eine spezifische Differenzierung der bisherigen Ergebnisse, in welche Richtung auch immer, vorzunehmen, dann möge dies dem ASTAT selbst überlassen sein. Auch wir haben damals nicht spezifisch den Auftrag formuliert *"ASTAT, geh' in diese und nicht in eine andere Richtung"*. Das muß aus dem wissenschaftlichen Antrieb in diesem Institut resultieren. Wir haben aber nichts dagegen, wenn dies so gehandhabt wird. Wogegen wir uns verwehren ist, daß wir uns anmaßen, dem Landesinstitut, das seine wissenschaftliche Qualifikation nun

häufig genug und unzweideutig nachgewiesen hat, aufzuoktroyieren "*Mach jetzt eine weitere Untersuchung; vertiefe dies auf diese und nur auf diese Art und Weise*". Dies maßen wir uns nicht an; das überlassen wir dem wissenschaftlichen Institut. Aus diesem Grunde haben wir ja das wissenschaftliche Institut ins Leben gerufen. Wir haben aber nichts dagegen - ich wiederhole es noch einmal -, daß das ASTAT seine Untersuchungen und verschiedene Dinge mehr in diese Richtung fortsetzt. Das ist auch ganz klar der Wille unserer Fraktion. Aber bitte hören wir auf, einem wissenschaftlichen Institut von politischer Seite die Methode vorzugeben. Allein aus diesem Grunde sagen wir nein zum vorliegenden Beschlußantrag. Danke, Herr Präsident!

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! An und für sich bräuchte ich wohl nichts mehr dazu zu sagen, denn es ist bereits das Wesentliche gesagt worden. Es wäre sehr, sehr gefährlich, wenn wir von seiten der Politik einem objektiven Meinungsforschungsinstitut, in diesem konkreten Fall dem ASTAT, Aufträge erteilen würden, wie es die einzelnen Volksbefragungen durchzuführen hätte und vielleicht auch noch, wie es genau die Fragen zu stellen hätte, welche Methoden es anzuwenden hätte usw. Das wäre sicher nicht in Ordnung. Und aus diesem Grund bin ich der Auffassung, daß es richtig ist, daß das Institut selbst versucht, die entsprechende Befragung aufgrund wissenschaftlicher Unterlagen durchzuführen und die entsprechende Auswertung richtig vorzunehmen. Das ist sicher geschehen.

Wenn jetzt die einzelnen Befragten diese oder jene Antwort erteilt haben, so ist das ihre Meinung. Diese soll in keiner Weise in irgendeiner Form verbessert werden. Sie ist objektiv und sachlich zum Ausdruck gekommen und hat ein entsprechendes Ergebnis gezeigt.

Wenn nun das ASTAT der Auffassung ist, daß eine zusätzliche Befragung notwendig ist, so werden sie es von ihrer Seite vorschlagen. Jedenfalls wir von der politischen Seite möchten ihm keinen diesbezüglichen Auftrag geben. Und deswegen spricht sich die Landesregierung gegen diesen Beschlußantrag aus.

VIOLA (PDS): Francamente speravo che questa proposta fosse valutata con maggiore attenzione. Comincio nella replica dalle osservazioni fatte della collega Klotz, la quale mi fa venire in mente - ma lo dico con grande simpatia per la persona - Catone, anche se il paragone è quello di un vecchio e non è bello per una giovane signora. Catone è diventato proverbiale perché di qualunque cosa si parlasse nel Senato, anche di agricoltura, di corse di cavalli, di allevamento di pecore, lui comunque diceva che in ogni caso va distrutta Cartagine. Lo stesso discorso fa la Klotz - la metafora è trasparente -: di qualunque cosa si parli alla fine bisogna arrivare all'autodeterminazione. Non ha detto questo, però non c'entrava per niente il problema dell'autodeterminazione. Le ricerche di questo livello forse possono proprio evitare di arrivare all'autodeterminazione.

Quanto poi a dire che i soldi che qui spendiamo si devono invece usare per le donne che hanno subito violenza in Bosnia, è una battuta che lasciamo valutare alla storia, perché allora anche i nostri stipendi li possiamo inviare tutti in Bosnia e possiamo anche vendere tutti i nostri mobili e dare il ricavato alle donne violentate della Bosnia. Io invece invito a dare il massimo di collaborazione in questo senso.

Veniamo adesso al discorso più politico di Frasnelli e anche del Landeshauptmann, ovvero del Presidente della Giunta provinciale. L'idea qui contenuta non deve essere tanto male, perché dal tipo di risposta, che si arrampica un po' sugli specchi, si capisce che il collega ha trovato una certa difficoltà. Mi sembra più difficile che si possa respingere questa mozione che quella sulla Consulta Economico-Sociale. Collega Frasnelli, la Volkspartei presenta una mozione molto buona che dice: incominciamo a fare questa indagine, ma pensavo che questa fosse una mozione approvata dal Consiglio e non della Volkspartei. Non c'era scritto che questa indagine la può proporre solo la Volkspartei.

In questa mozione mi sono richiamato al problema dell'università, della toponomastica, ecc., e tutte le volte che si arriva a questo punto non va più bene. In un Consiglio provinciale ordinato - discuteremo anche le modifiche del Regolamento - quando si solleva un problema, che interessa me, ma che è generalizzato, ci dovrebbe essere una commissione o la Presidenza del Consiglio, che dicesse che siccome qui c'è una questione che riguarda l'ASTAT, la si manda al dott. Stuflesser, con cui non ho parlato direttamente, e gli si chiede che cosa ne pensa l'ASTAT di tutto questo. E' una schifezza, dite voi? E' un'ottima cosa, dico io! Riferirsi all'ASTAT come se fosse la Bosnia e fosse difficile da raggiungere, quando basta un colpo di telefono per acquisire un parere, magari scritto, credo che sia una cosa minima, proprio per l'ordine, per l'efficienza di questo Consiglio. Diversamente posso parlare ad esempio dell'assessore Achmüller, dell'assessore Saurer, che a volte su mie proposte hanno chiesto ai loro tecnici di esplorare la cosa e hanno risposto nel merito interpellando gli esperti.

L'argomento, che io francamente non condivido, è che quando c'è da dire di no allora si invoca l'autonomia della ricerca scientifica. Io non mi sognavo di dire all'ASTAT: dovete fare così e così soltanto come dice il consigliere Viola. Ho sollevato solo il problema della necessità di un ulteriore approfondimento che è impossibile essere contrari in linea di principio all'idea che questa indagine meriti comunque di essere approfondita. Naturalmente poi decida l'ASTAT la cosa migliore, ecc., lasciando all'ASTAT dire di no, ma non dire che l'idea è buona però non la proponiamo, ci pensi l'ASTAT a farlo. Manderò questa mozione all'ASTAT, andrò personalmente a parlare e dirò: guardate che è stato detto anche dal gruppo della Volkspartei che sarebbe ben felice se voi faceste. Non c'è ragione di scaldarsi su questo. L'idea di approfondire ulteriormente l'argomento è stata considerata valida almeno dalla maggioranza; altri colleghi non si sono espressi. Quindi ci affidiamo, per così dire, alla clemenza della corte per quanta riguarda la votazione.

PRESIDENTE: Pongo in votazione la mozione: respinta con 1 voto favorevole e i restanti voti contrari.

Prima di passare al prossimo punto dell'ordine del giorno, vorrei comunicare che venerdì, cioè dopodomani, non si terrà la seduta consiliare, perché c'è a Roma la grande Conferenza delle Regioni. Ho già saputo che un certo numero di consiglieri provinciali - abbiamo calcolato sette o otto, oltre il Vicepresidente del Consiglio - appartenenti ai vari gruppi si sono già impegnati ad essere presenti. Perciò nella conferenza dei capigruppo è stato deciso di cancellare dall'elenco delle sedute del Consiglio la giornata di venerdì, mentre abbiamo deciso di inserire due nuove sedute nel mese di marzo per i giorni 16 e 17.

Punto 36) dell'ordine del giorno: *"Mozione n. 296/93 del 5.1.1993, presentata dal consigliere Viola, riguardante la posizione dell'assessore Ferretti quale Vicepresidente e membro della Giunta provinciale"*.

Su questo problema vorrei chiedere al presentatore se intende ritirare la mozione, visto che la questione è da ritenersi superata.

VIOLA (PDS): Certo, questa mozione è superata.

PRESIDENTE: Allora la mozione n. 296/93 è ritirata.

Viene rinviato anche l'esame del disegno di legge n. 188/92, su richiesta dell'Assessore Bolognini, nella sua veste di capogruppo della Democrazia Cristiana.

Passiamo allora al punto n. 9) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 266/92 del 28.10.1992, presentata dal consigliere Viola, riguardante l'introduzione di un sistema di informazione ed orientamento per i non-vedenti (Pilot light)"**.

Punkt 9) der Tagesordnung: **"Beschlüßantrag Nr. 266/92 vom 28.10.1992, eingebracht vom Abgeordneten Viola, betreffend die Einführung eines Informations- und Orientierungssystems für Blinde (Pilot light)."**

A partire dal 1990 in alcune città italiane, e in particolare ad Arezzo, è stato realizzato sul territorio un sistema tecnologico innovativo che consente un importantissimo salto di qualità per migliorare l'autonomia di movimento dei non-vedenti.

Tale sistema, denominato "Pilot light" consente di informare e guidare i portatori di gravi handicap visivi che intendono camminare in città. Il principio base del sistema, che utilizza tecnologie a raggi infrarossi, è la diffusione di informazione e la creazione di "corridoi" di raggi infrarossi che guidano il non-vedente, munito di apposito apparecchio, nei suoi movimenti in città, quasi come una nave in navigazione "strumentale" o un aereo in volo "cieco".

Particolari trasmettitori, di ridotte dimensioni, denominati "minifari", installati in postazioni fisse o mobili, emettono fasci a raggi infrarossi, invisibili ad occhio nudo, che sono veicoli di informazioni dirette per il non-vedente. Quest'ultimo può captarle per mezzo di un ricevitore tascabile, simile ad un telecomando televisivo, denominato "miniradar", che è contemporaneamente anche rilevatore di ostacoli, in quanto al suo interno ha anche un minuscolo radar capace di localizzare ostacoli posti sul cammino del non-vedente stesso. Le informazioni trasmesse dai minifari e captate dal miniradar tradotte in codici sonori ed anche in voce sintetizzata, udibili dal non-vedente per mezzo di un piccolo altoparlante posto all'interno del miniradar o tramite un auricolare.

La città di Arezzo ha realizzato, per prima nel mondo, un sistema completo di minifari che consentono ai non vedenti muniti di miniradar un preciso orientamento all'interno della città. I minifari a raggi infrarossi insta-

llati ad Arezzo consentono infatti ai non vedenti di ricevere dalla voce dei loro miniradar una serie di preziose informazioni. Ad esempio:

- a) i minifari installati sui semafori consentono di conoscere i tre colori del semaforo e di effettuare l'attraversamento nel "corridoio" ad infrarossi che corrisponde alle zebra;
- b) i minifari installati sugli autobus urbani fanno conoscere il numero dell'autobus e la direzione; già 60-70 metri prima che l'autobus arrivi alla fermata, il miniradar informa col sintetizzatore vocale il non-vedente con frasi del tipo: "autobus numero 5 diretto in piazza Mazzini" ecc.;
- c) i minifari installati sulle cabine telefoniche informano già a 20-25 metri di distanza in chiara voce la localizzazione della cabina e se è libera o occupata;
- d) altri minifari posti sulle farmacie e sulle banche danno informazioni al non vedente anche su questi servizi (ivi compreso il Bancomat) e servono contemporaneamente, dando anche il nome della strada, da punti d'appoggio per l'orientamento generale nella città;
- e) di particolare utilità è il sistema di minifari con cui è attrezzata la stazione ferroviaria di Arezzo che informa sull'ingresso della stazione, i sottopassaggi, le uscite ai marciapiedi dei binari, gli sportelli ferroviari e i diversi tipi di servizi da essi forniti (biglietti per l'estero, per l'interno, abbonamenti ecc.), il deposito dei bagagli, i punti di ristoro, le edicole ecc.; ciò vale sia per il non-vedente che si reca in stazione, sia per quello che arriva in stazione con il treno e che dal momento della sua discesa a terra può sapere dal suo miniradar in quale binario si trova e come fare per arrivare all'uscita.

Il sistema di Arezzo ha già circa 60 minifari installati nei vari punti della città e ne è prevista una continua estensione. E' infatti evidente che i trasmettitori a raggi infrarossi possono essere utilmente posti anche negli ospedali, negli uffici pubblici, nelle scuole, nei supermarket, nei cinema, nei teatri ecc. ecc.

Un sistema tecnologico così prezioso per i non vedenti quale il "Pilot light" ha l'ulteriore vantaggio di avere costi relativamente contenuti, dato che l'intero sistema di Arezzo è finora costato meno di cento milioni di lire: in media 1.600.000 lire per un minifaro, 600.000 per il miniradar portato dal non-vedente (che ha l'80% del costo rimborsato dalla U.S.L.). Analoghe esperienze sono in corso o in via di progettazione anche a Empoli, Firenze, Frosinone, Ferrara e si sta pensando di attrezzare anche le stazioni di Parigi e di Grenoble.

L'utilità del sistema di orientamento "Pilot light" anche per i non vedenti della nostra provincia e in particolare per la città di Bolzano è allora del tutto evidente. In provincia di Arezzo i non vedenti sono circa 700, in provincia di Bolzano i non-vedenti sono circa 750, di cui 350 ciechi assoluti e gli altri ciechi parziali. Nella sola città di Bolzano i non-vedenti sono circa un centinaio. Con un investimento relativamente ridotto è quindi possibile cominciare a dotare la città capoluogo di un sistema di minifari in grado di migliorare in modo sostanziale l'autonomia di movimento e quindi la qualità della vita di tutti i non-vedenti dotati del relativo miniradar ed eventualmente estendere progressivamente il sistema anche ad altri centri.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

i n v i t a

la Giunta provinciale

a prendere gli opportuni contatti con i rappresentanti dell'Unione provinciale ciechi, con il Comune di Bolzano ed eventualmente anche con altri Comuni, per studiare le modalità per introdurre anche in provincia di Bolzano il sistema "Pilot light" di informazione ed orientamento per i non-vedenti, a cominciare dalla città capoluogo.

Ab 1990 wurde in einigen italienischen Städten, und vor allem in Arezzo, ein innovatives technologisches System eingeführt, das einen äußerst wichtigen Qualitätssprung ermöglicht, um die Selbständigkeit der Blinden zu erhöhen.

Dieses "Pilot light" genannte System ermöglicht es, die stark Sehbehinderten, die sich in der Stadt fortbewegen möchten, zu informieren und zu leiten. Das Grundprinzip dieses Systems, das mit Infrarotstrahlen arbeitet, ist die Erteilung von Informationen und die Schaffung von Infrarot-"Korridoren", die den Blinden, der über ein eigenes Gerät verfügt, bei seinen Gängen durch die Stadt führen, fast wie ein Schiff mit "Instrumentennavigation" oder ein Flugzeug im "Blindflug".

Eigene kleine Sender, Minisender genannt, die fix oder mobil installiert sind, senden mit bloßem Auge nicht sichtbare Infrarotstrahlenbündel aus, über die dem Blinden Informationen erteilt werden. Dieser kann sie über einen "Miniradar" genannten Taschenempfänger, ähnlich einem Fernbedienungsgerät für den Fernseher, empfangen, der gleichzeitig auch Hindernisse aufzeigt, da in ihm auch ein winziges Radar eingebaut ist, das Hindernisse auf dem Weg des Blinden lokalisieren kann. Die von den Minisendern gesendeten und vom Miniradar empfangenen Informationen werden in verschlüsselte Laute und auch in eine synthetisierte Stimme umgewandelt, die der Blinde über einen im Miniradar eingebauten kleinen Lautsprecher oder über ein Hörgerät hören kann.

Arezzo hat als erste Stadt der Welt ein vollständiges System von Minisendern installiert, die den Blinden, die über ein Miniradar verfügen, eine genaue Orientierung innerhalb der Stadt ermöglichen. Die in Arezzo installierten Infrarot-Minisender erlauben es nämlich den Blinden, über die Stimme ihrer Miniradargeräte eine Reihe von wertvollen Informationen zu erhalten. Zum Beispiel:

- a) Die an den Ampeln montierten Minisender ermöglichen es den Blinden, die drei Farben der Ampel zu erkennen und die Straße im Infrarot-"Korridor", der den Zebrastreifen entspricht, zu überqueren;*
- b) die an den Stadtautobussen installierten Minisender geben Aufschluß über Nummer und Fahrtrichtung des Autobusses; bereits 60-70 Meter, bevor der Autobus die Haltestelle erreicht, informiert das Miniradar den Blinden über den vokalen Synthesizer mit Sätzen wie: "Autobus Nr. 5 Richtung Mazziniplatz" usw.;*
- c) die an den Telefonkabinen installierten Minisender geben bereits in 20-25 Metern Entfernung Aufschluß über den Standort der Kabine und darüber, ob diese frei oder besetzt ist;*
- d) andere an den Apotheken und an den Banken angebrachte Minisender informieren den Blinden auch über diese Dienste (einschließlich Bancomat) und dienen gleichzeitig durch die Angabe der Straße als*

Orientierungspunkt, damit sich der Blinde in der Stadt zurechtfinden kann;

e) besonders nützlich ist das System der Minisender, mit dem sono der Bahnhof von Arezzo ausgestattet ist; sie geben Aufschluß über den Eingang des Bahnhofes, die Unterführungen, die Ausgänge zu den Bahnsteigen, die Bahnhofschalter und die verschiedenen von diesen gebotenen Leistungen (Fahrkarten für das Ausland und das Inland, Abbonnements usw.), die Gepäcksaufbewahrung, Cafés und Restaurants, Kiosks usw.; dies gilt sowohl für den Blinden, der sich zum Bahnhof begibt, als auch für jenen, der mit dem Zug am Bahnhof ankommt und der, sobald er aus dem Zug ausgestiegen ist, von seinem Miniradar erfahren kann, auf welchem Bahnsteig er sich befindet und wie er zum Ausgang gelangen kann.

In Arezzo sind bereits etwa 60 Minisender an verschiedenen Stellen der Stadt installiert; ein kontinuierlicher Ausbau des Systems ist vorgesehen. Klarerweise können die Infrarotsender auch in Krankenhäusern, öffentlichen Ämtern, Schulen, Supermärkten, Kinos, Theatern usw. den Blinden einen nützlichen Dienst erweisen.

Ein für die Blinden derart nützlich technisches System wie das "Pilot light" hat den weiteren Vorteil, nicht sehr kostenaufwendig zu sein, wenn man bedenkt, daß das gesamte System in Arezzo bisher weniger als 100 Millionen Lire gekostet hat: im Schnitt 1.600.000 Lire für einen Minisender, 600.000 Lire für das Miniradar des Blinden (dem die Sanitätseinheit 80% der Kosten zurückerstattet). Ähnliche Initiativen werden auch in Empoli, Florenz, Frosinone und Ferrara durchgeführt bzw. geplant; man überlegt, auch die Bahnhöfe in Paris und in Grenoble mit besagtem System auszustatten.

Es ist somit ganz klar, daß das Orientierungssystem "Pilot light" auch für die Blinden in unserem Land und vor allen Dingen in der Stadt Bozen nützlich wäre. In der Provinz Arezzo gibt es zirka 700 Blinde, in der Provinz Bozen zirka 750, davon 350 völlig Blinde, während es sich beim Rest um teilweise Erblindete handelt. Allein in der Stadt Bozen beläuft sich die Anzahl der Blinden auf etwa hundert. Mit einer relativ geringen Investition wäre es somit möglich zu beginnen, die Landeshauptstadt mit einem Minisendersystem auszustatten, das in der Lage ist, die Selbständigkeit und somit die Lebensqualität aller Blinden, die mit dem entsprechenden Miniradar ausgestattet sind, wesentlich zu verbessern, und eventuell die Systeme auch auf andere Gemeinden auszuweiten.

Dies vorausgeschickt,

f o r d e r t

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf,

mit den Vertretern des Südtiroler Blindenverbands, mit der Gemeinde Bozen und gegebenenfalls auch mit anderen Gemeinden die nötigen Kontakte aufzunehmen, um die Möglichkeit zu prüfen, auch in der Provinz Bozen, begonnen bei der Landeshauptstadt, das System "Pilot light" zur Information und Orientierung der Blinden einzuführen.

A questa mozione è stato presentato un emendamento, a firma di Saurer, Frasnelli e Bolognini, di cui dò lettura:

La parte deliberativa viene così sostituita:

*Sentito il dibattito sulla mozione n. 266/92,
IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
invita*

la Giunta provinciale a prendere gli opportuni contatti con i rappresentanti dell'Unione provinciale ciechi e dell'A.C.T. per studiare la possibilità di introdurre sperimentalmente il sistema "Pilot light" sugli autobus della città di Bolzano, nonché altre modalità per facilitarne l'uso da parte dei non vedenti, quali la diffusione all'interno degli autobus, tramite altoparlanti, di informazioni sul percorso".

*Nach Abschluß der Debatte über den Beschlußantrag Nr. 266/92
fordert*

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf, sich mit den Vertretern des Südtiroler Blindenverbandes und des Verkehrsverbundes in Verbindung zu setzen, um die Möglichkeit einer versuchsweisen Einführung des Systems "Pilot light" in den städtischen Autobussen von Bozen sowie anderer Mittel zu prüfen, die dazu geeignet sind, die Benutzung der Busse durch Blinde zu erleichtern, wie z.B. durch die Bekanntgabe im Bus selbst, mittels Lautsprecher, von Informationen über die Fahrtstrecke des Busses."

La parola al consigliere Viola.

VIOLA (PDS): Unifico la discussione nel senso che dico subito che accetto questo emendamento e poi nell'illustrare la mia mozione spiegherò il perché.

C'è un'illustrazione abbastanza analitica del problema, che ho potuto verificare personalmente, nel senso che per caso sono venuto a conoscenza di questa esperienza pilota della città di Arezzo. Sono andato personalmente ad Arezzo ed ho potuto osservare sul posto il funzionamento di questo sistema. Come qui si spiega, è un'idea semplice e geniale, che può far fare un passo avanti molto importante all'autonomia di movimento e di vita di tutti i non vedenti, almeno potenzialmente. Va subito chiarito, infatti, che questo metodo ha bisogno di ulteriori affinamenti e verifiche. Ad Arezzo sono stato accompagnato dal presidente dell'Unione Ciechi, ovviamente non vedente lui stesso, e dai tecnici che hanno progettato questo sistema, che - ripeto - è pilota in tutta Italia e, come scrivo qui, sta per essere venduta anche all'estero. Con straordinaria curiosità e con una certa emozione ho potuto vedere anche come funziona.

Per essere molto breve, nella città di Arezzo ho verificato personalmente l'esempio della stazione di Arezzo, dove nei punti più strategici della stazione sono state poste delle piccole telecamere, grandi pochi centimetri, che inviano dei fasci di raggi infrarossi, quindi non visibili ad occhio nudo, che sono recepiti da un piccolo meccanismo che il non vedente porta in mano, da un sintetizzatore vocale. Ho fatto un esperimento anch'io ed ho constatato che il non vedente parziale o totale che entra nella stazione di Arezzo, che arriva nell'area di azione delle apparecchiature della stazione di Arezzo, sente immediatamente sul suo sintetizzatore, sulla sua scatola che tiene in mano, una voce che dice: "*Stazione di Arezzo: a dieci metri ingresso, a sinistra biglietteria*" ecc. Anche lì sono posizionati dei mini-fari che

trasmettono, per cui addirittura il non vedente sa che questo sportello è per i biglietti per l'interno. Ci sono poi indicazioni sul sottopassaggio, indicazioni sui binari e addirittura sul tipo di treni che si fermano; il tutto viene trasmesso da quell'altoparlante che è nel mini-sintetizzatore in mano al non vedente. Questo vale naturalmente anche per i ciechi che arrivano ad Arezzo: come uno scende sul marciapiede viene in qualche modo preso ed accompagnato da questa apparecchiatura, che consente loro - questo in teoria - di muoversi anche senza accompagnatore per la stazione e non soltanto perché, come scrivo qui, il servizio è stato esteso a vari punti della città, per cui nelle vicinanze delle cabine telefoniche c'è l'indicazione della cabina telefonica e della strada in cui si trova, in modo che il non vedente abbia una specie di mappa ideale fatta con raggi infrarossi della città. Davanti alle banche sono presenti questi sistemi; sono stati attrezzati i teatri in questo modo, e anche sugli autobus, attraverso un accordo con la locale azienda per i trasporti, sono stati posti questi piccoli apparecchi trasmettenti, per cui il non vedente che si trova vicino alla fermata, ad una distanza di 100 o 200 metri, riceve l'indicazione dell'autobus in arrivo. Anch'io ho potuto udire la voce un po' metallica, ma perfettamente comprensibile, del piccolo apparecchio in mano al cieco che dice che è in arrivo p.es. l'autobus n. 3.

Come tutti i neofiti sono stato molto entusiasta della cosa; mi sono convinto che era la cosa più bella di questo mondo e ho elaborato questa proposta. A questo proposito devo dire che è intervenuto l'assessore Saurer e il suo ufficio, i quali hanno lavorato - mi imbarazza un po' fargli i complimenti, perché è uno che non gradisce eccessive smancerie - in maniera esemplare, nel senso che non è stato detto né sì, né no, come va fatto da un punto di vista tecnico. Egli ha preso questa sollecitazione, ha mandato un suo gruppo di esperti compresi i tecnici dell'ufficio, e alcuni rappresentanti dei non vedenti hanno fatto una serie di rapporti. Non mi dilungo in quanto sarà l'assessore Saurer ad illustrare poi i dettagli, perché è lui che ha pilotato tutta dell'operazione. Recentemente c'è stata una seduta tecnica fra i rappresentanti dell'Unione Ciechi, un rappresentante dell'assessorato, a cui io stesso ho partecipato. Devo dire che con grande senso di responsabilità l'Unione Ciechi ha mantenuto su questo un atteggiamento di grande serietà e di grande prudenza, nel senso che ha sentito il parere e ha immediatamente fatto presente che c'è una necessità di non sperperare il pubblico denaro, di essere molto prudenti in queste cose, nel senso di verificare fino in fondo l'affidabilità del meccanismo.

La proposta che viene dall'Associazione Ciechi, e credo anche dall'ufficio dell'assessore, è quella di concentrarsi in un primo momento sugli autobus della città di Bolzano, perché qui da noi c'è il maggior numero di ciechi: sono ben 750. La proposta che ci è pervenuta non è solo quella di attrezzare l'autobus per il cieco che aspetta alla stazione, quindi riceve l'indicazione dell'autobus che arriva, ma anche di pensare a qualche cosa che non riguarda soltanto i non vedenti, ma che riguarda tutti: i turisti, gli anziani e quelli che non conoscono la città. Questo avviene anche in altre città, come Vienna ad esempio, dove c'è un nastro pre-registrato che in prossimità delle singole stazioni dice dove si sta per arrivare. Questo serve al non vedente, serve al turista, serve all'anziano, serve un po' a tutti.

Evidentemente se l'associazione prima di elaborare il lavoro non fosse stata interessata, io non avrei posto in discussione la mozione, in quanto tocca a loro decidere. La proposta, quindi, è quella contenuta nell'emendamento alla mozione firmata dall'assessore Saurer, dal capogruppo della SVP Frasnelli e da Bolognini, che dice semplicemente di

concentrarsi nello studio di questo aspetto e poi si vedrà, perché perché può darsi che non sia possibile neppure partire con questo sistema, come può darsi che sia possibile farlo ed estenderlo forse un domani ad altri settori.

Finisco dicendo che i costi sono rilevanti in assoluto; in ogni caso l'Unione Ciechi ha subito detto che ci sono molti altri settori in cui ha bisogno di interventi. Comunque è molto contenta dell'interessamento dell'assessorato e desidera muoversi con grande prudenza e responsabilità, ma anche apertura nel sperimentare il nuovo.

SAURER (Landesrat für Gesundheits- und Arbeitswesen und Berufsausbildung -SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß wir gut daran tun, mit großer Sensibilität all diese technischen Errungenschaften zu überprüfen, die eine Normalisierung des Lebens der Behinderten in die Wege leiten können. Hier ist ein Vorschlag des Kollegen Viola. Sicher wird in diesem Bereich experimentiert, und es ist gut, daß experimentiert wird. Wie Kollege Viola bereits ausgeführt hat, haben wir uns das eingehend angeschaut und sind gemeinsam zur Überzeugung gelangt, daß eine generelle Übernahme des Systems in Bozen zur Zeit nicht sinnvoll ist. Das System scheint technisch noch nicht ausgereift zu sein. Die Personenzahl ist zu reduziert, um den Kosten-Nutzen-Aufwand zu rechtfertigen. Auch eine teilweise Übernahme ist nach Meinung der interessierten Verbände und der zuständigen Fachleute wenig sinnvoll. Bahnhof Bozen - keine besonderen Orientierungsprobleme. Auch die Installation an den Ampeln und den wichtigen Gebäuden, aufgrund technischer Mängel des Systems, ist nicht sinnvoll. Zu überlegen - und das haben eigentlich alle bejaht und insofern haben wir dem zugestimmt - ist eine Installation, oder zumindest eine Überprüfung dieses Vorhabens, bei den Stadtbussen, zwecks Identifikation der einzelnen Linien. Vielleicht wichtiger wäre noch, innerhalb der Busse Tonbandgeräte zur automatischen Ansage der Haltestellen zu installieren.

Infolgedessen, glaube ich, daß wir mit einer bestimmten Überzeugung - auch der Kollege Viola -, jetzt einmal diesen ersten Schritt angehen, diese Überprüfungen einer Möglichkeit der Installation bei den Stadtbussen vornehmen, und dann wird man weitersehen. Die Technik wird uns sicher das eine und andere noch bringen. Die Systeme werden ausgereifter werden. Und es ist ja gewöhnlich so, daß sie dann auch wesentlich billiger werden. Ein ausgereiftes technisches System mit entsprechenden Abnehmern wird dann durchwegs auch billiger. Daher glaube ich, daß wir diesen Schritt machen sollten, um wirklich die Autonomie und die Normalisierung für die Blinden zu erreichen, die eigentlich die Grundlage unserer gesamten Behindertenpolitik ist. Danke schön!

VIOLA (PDS): Una risposta istantanea per ringraziare l'assessore Saurer, in particolare per il modo estremamente tecnico, preciso e serio con cui è stato esaminato il problema. Trovo che la soluzione proposta sia la soluzione ottimale.

PRESIDENTE: Pongo in votazione la mozione modificata dall'emendamento presentato: approvata all'unanimità.

Punto 34) dell'ordine del giorno: "*Designazione ai termini dell'articolo 10 della legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, di un membro del collegio dei revisori dell'azienda Alto Adige Promozione Turismo*" (su proposta della minoranza politica).

Chiedo ai presentatori se sono d'accordo di trattare questo punto dell'ordine del giorno. Prego, consigliere Meraner.

MERANER (FDU): Herr Präsident! Ich glaube, wir werden diesen Tagesordnungspunkt vertagen müssen, denn die Sachlage mit dem Herrn Landesrat Frick endgültig abklären konnte ich in diesem Moment. Jetzt wissen wir Bescheid und es werden sich die Minderheiten treffen. Wir werden so schnell als möglich jemand namhaft machen.

PRESIDENTE: Va bene, questo punto viene rinviato.

Punto 43) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 303/93 del 21.1.1993, presentata dal consigliere Pahl, riguardante il divieto di fumo nei locali del Consiglio provinciale e il divieto di somministrazione di superalcolici nel bar interno del Consiglio**".

Punkt 43 der Tagesordnung: "**Beschlußantrag Nr. 303/93 vom 21.1.1993, eingebracht vom Abgeordneten Pahl, betreffend das Rauchverbot in den Räumlichkeiten des Landtages und Spirituosenkonsumverbot in der hauseigenen Bar des Landtages**".

Non solo il singolo cittadino, ma anche le istituzioni pubbliche dovrebbero dimostrare, con il loro comportamento, di contribuire alla tutela della salute. Ciò da un lato è nell'interesse del singolo, dall'altro comporta indirettamente una riduzione della spesa della mano pubblica visto che è questa a dover pagare per ovviare ai danni arrecati alla salute.

Al fine di dare un segnale positivo verso l'esterno e soprattutto ai giovani della provincia,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
raccomanda

al suo Ufficio di Presidenza

di dichiarare con apposita ordinanza tutti i locali del Consiglio provinciale quale zona interdetta al fumo e di vietare la mescolta di superalcolici nel bar del Consiglio. Ciò non rappresenta un grande sacrificio per nessun membro dell'alto Consesso, costituendo invece un segnale incoraggiante verso l'esterno.

Nicht nur der einzelne Bürger, sondern auch öffentliche Institutionen sollen durch ihr Verhalten zeigen, daß sie einen Beitrag für den Schutz der Gesundheit leisten. Das dient dem Einzelnen ebenso, wie es indirekt der Verringerung der Ausgaben der öffentlichen Hand dient, die gesundheitliche Schäden bezahlen muß.

Um ein positives Zeichen nach außen zu setzen, vor allem für die Jugend des Landes,

empfiehlt

DER SÜDTIROLER LANDTAG
dem Präsidium des Landtages,

mit einer Verordnung alle Räume des Landtages zur raucherfreien Zone zu erklären und in der hauseigenen Bar des Landtages keinen Superalkohol ausschenken zu lassen. Dies stellt für kein Mitglied des Hohen Hauses ein nennenswertes Opfer dar und hat eine ermutigende Signalwirkung nach außen.

La parola al consigliere Pahl.

PAHL (SVP): Herr Präsident! In den letzten Jahren und besonders auch in letzter Zeit ist eigentlich auf Weltebene die Diskussion in Gang gekommen, in welcher Weise auch die öffentlichen Verwaltungen, im kleinen wie im großen, einen Beitrag leisten sollen zur Verminderung der Beeinträchtigung der Gesundheit der Mitglieder der öffentlichen Verwaltung, der Beamten, aber der Allgemeinheit generell, durch Schäden durch das Rauchen bzw. durch hohen Alkoholgenuß. Es ist mir nun völlig klar, daß dieser Antrag nicht Probleme im großen lösen kann, aber wenn man von der Politik immer wieder irgendwelche Signale erwartet, dann muß man im kleinen beginnen, in der Hoffnung, daß sie dann immer mehr Nachahmer finden.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang erinnern, daß ich in einer Reihe von Ländern außerhalb Europas, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, in Staaten Südamerikas, Verbote gefunden habe, die längst über das hinausgehen, was wir haben. Darf ich zum Beispiel anbringen, daß es in den Vereinigten Staaten von Amerika, längst eine Selbstverständlichkeit ist, daß das Rauchen in öffentlichen Lokalen nicht mehr gestattet ist, um eben die Gesundheit der Nichtraucher, aber selbstverständlich auch der Raucher, besser zu schützen. Aus der heutigen Zeitung entnimmt man, daß zum Beispiel Hillary Clinton, die Frau des Präsidenten - Kollege Kußtatscher hat mich auf diesen Artikel aufmerksam gemacht - das Rauchen im Weissen Haus verbieten will. Natürlich geht es auch hier nicht um irgendwelche großartige Maßnahmen, aber um die Signalwirkung, die damit verbunden ist. Auch im ganzen öffentlichen Bereich der Vereinigten Staaten sind solche Verbote längst und seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit. Auch die strenge Kontrolle des Ausschanks von Alkohol, besonders des hochgradigen, ist in den Vereinigten Staaten längst klar. Als ich in den vergangenen Jahren einige Staaten Südamerikas bereist habe, habe ich zum Beispiel, um nur eines zu nennen, in Brasilien eine Verfügung vorgefunden, die erstaunlicherweise sehr ernst genommen wird, daß zum Beispiel in so gut wie allen öffentlichen Lokalen, also auch Gasthäusern, das Rauchen strikt verboten ist, und zwar nicht nur irgendwie, sondern es wird auch eingehalten. Das heißt, wenn schon Entwicklungsländer uns solche Beispiele vormachen, sollten wir nicht zögern. Das bedeutet nicht im geringsten eine Verteufelung von Rauchern etwa, aber als öffentliche Verwaltung sollten wir Signale setzen, in der Hoffnung, daß dann auch andere Verwaltungen nachziehen. Wir müssen einfach danach trachten, die Nichtraucher vor allem, aber auch die anderen, vor den Gefahren des Rauchens zu schützen, weil wir ja wissen, daß es die Öffentlichkeit ist, d.h. die Steuergelder es sind, mit denen eventuelle Schäden bezahlt werden müssen. Das ist eine Maßnahme in einem eingegrenzten Bereich, aber immer wieder werden wir darauf hingewiesen, gerade von der Öffentlichkeit und von der Jugend, daß von der politischen Seite Beispiele, Signale gefordert werden. Das hier, so gering es im Ausmaß sein kann, ist doch als ein Zeichen nach außen zu verstehen und

selbstverständlich auch als ein Aufruf an die Jugend Südtirols, auf ihre Gesundheit so gut wie möglich zu achten und sich nicht leichtfertig diese zu schädigen.

Darum ersuche ich den Landtag - und meine Partei hat, glaube ich, ja schon zugestimmt, indem sie keinen Einwand erhoben hat - diesen Antrag zu genehmigen, um ein kleines Zeichen nach außen zu setzen und der Jugend Südtirols ein Beispiel zu geben. Gerade gestern war im Landtag durch den Landeshauptmann klargestellt worden, daß zum Beispiel Superalkoholikas nicht nur auf Wiesenfesten, was längst klar ist, nicht ausgeschenkt werden dürfen, obwohl es immer wieder geschieht, und manche Bürgermeister schauen zu, schauen weg, sondern daß auch bei Veranstaltungen von Jugendvereinen, und damit auch bei Maturabällen, Superalkohol nicht mehr ausgeschenkt werden soll. Damit entsteht kein Verlust für die Menschheit, weder ernsthafte finanzielle Verluste noch sonstige, sondern man will einen Schritt vorangehen, um nach außen zu zeigen, daß man die Bemühungen um den Schutz der Volksgesundheit und deren Verbesserung ernst nimmt. Wir sollen zumindest einen Schritt machen, um jenen Standard zu erreichen, der in anderen Ländern, außerhalb Italiens, in manchen europäischen Ländern, gerade im Norden etwa, in den skandinavischen Ländern zum Teil, aber auch in außereuropäischen Ländern seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit ist. Auf Entwicklungsländer wie Brasilien, wie andere südafrikanische Länder habe ich schon verwiesen. Aber es gibt Beispiele auch in Asien und anderswo. Darum ersuche ich den Landtag, diesen Antrag, der von der SVP die Zustimmung erhalten hat, zu genehmigen und ein Signal zu setzen, in der Hoffnung, daß auch die Landesregierung in ihrem Bereich nachzieht und die Gemeinden das Beispiel ebenfalls so rasch wie möglich vollziehen.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muß vorausschicken, daß ich jetzt im eigenen Namen spreche. Wahrscheinlich würden sich viele meiner Parteigenossen sehr freuen, wenn solche Verbotsbestimmungen verabschiedet würden, gegen das Rauchen, gegen, gegen, gegen ... Aber ich habe da eine andere Position und vertrete in allem eine antiprohibitionistische Haltung - mit Verlaub, Kollege Pahl - und bin auch in dieser Angelegenheit skeptisch, weil ich mir die Frage stelle: Was soll das? Wem dient diese ganze Angelegenheit? Es ist natürlich sehr nett, Kollege Pahl, wenn Sie um meine Gesundheit besorgt sind. Das ist sehr lobenswert. Aber, ich glaube, ich bin erwachsen genug, weiß wieviel an Selbstzerstörung ich mir zumuten kann, und bin eigentlich bis heute immer noch recht gut damit gefahren.

Sie sagen, es geht um Signale. Signale sind immer gut, aber ich glaube, daß man da im Grunde nur in eine sehr wenig bewirkende Propaganda abfällt. Man sagt: Ich Landtag in diesem Fall, ich Mehrheit des Landtages, bin so besorgt über das Wohlergehen einiger rauchender und trinkender Mitglieder des Hohen Hauses, daß ich einen Schutzwall errichte, damit sie nicht in Versuchung fallen. Bitte, wir können jeden Tag beten "*und führe uns nicht in Versuchung*", aber, ich glaube, man muß dann moralisch so stark und so gerüstet sein, daß man auch in der Bar steht und sagt: "*Gut, das gewähre ich mir, und das gewähre ich mir nicht*". Genauso ist es mit der Zigarette. Ich glaube nicht, daß der Kollege Pahl etwas erreichen und bewirken kann, außer ein propagandistisches Signal. Für wen? Das würde konkret bedeuten, daß der Kollege Montali und ich - Und wer raucht denn da noch? Der Kollege Feichter. Wer ist denn noch im Hause? Wenige mittlerweile. Der Abgeordnete

Kaserer war ein wüster Raucher, ist aber wahrscheinlich von Pahl's Schutzwall bereits gerettet worden -, daß wir uns eine Filiale in der Crispistraße eröffnen, dort gibt es eine neue Bar, daß wir dort eine Dependence eröffnen, also hier in diesem Hause alkoholfrei und rauchfrei und dort eben kann man dem Laster frönen.

Ich habe natürlich nichts dagegen, wenn in allen öffentlichen Ämtern und Büros das Rauchen verboten wird. Das ist mittlerweile eine akzeptierte Praxis, vor allem dann, wenn mehrere Menschen in einem Büro zusammenarbeiten müssen, wo einer raucht und er andere nicht. Diesbezüglich bin ich vollkommen einverstanden. Aber mich erschüttern diese positiven Erfolgsmeldungen des Kollegen Pahl aus Brasilien, aus Amerika usw. überhaupt nicht. Die Frau Clinton ist mir relativ auch gleichgültig. Ich glaube, daß in Italien immer eine etwas tolerantere Praxis sich durchsetzt und daß auch die Verbote, die ausgesprochen wurden, nicht überall mit sich gebracht haben, daß, wie in der guten alten Zeit, ein Rauchersalon eingerichtet wird. Sollte, Kollege Pahl, wie ich ja annehme - weil die Fraktion, der Sie angehören, wird ja dafür stimmen - das Rauchen im Hause verboten werden, dann, bitte, sorgen Sie dafür, wenn Sie so tolerant sind, daß in Hohen Haus - im Keller oder auf dem Dach - ein kleiner Rauchsalon oder, sagen wir so, "ein Raum der Sünde und des Lasters" eingerichtet wird, wo dann alle Sünder des Hauses Zuflucht nehmen können, um weiterhin ihrem Laster zu frönen.

Wie gesagt, ich erwarte mir von dieser Verpflichtung des Landtages überhaupt nichts. Ich glaube nicht, daß mit Verabschiedung dieses Beschlußantrages morgen kein Mensch mehr im Hause rauchen wird. Ich glaube auch nicht, daß sich niemand mehr ein Glas gewähren wird. Man wird eben hinausgehen. Und deshalb kann ich persönlich mit diesem Antrag nichts anfangen. Grundsätzlich muß ich schon sagen, Kollege Pahl, daß man erwachsenen Menschen doch einen großen Spielraum beimessen muß, damit sie selbst entscheiden können, wieweit sie gehen wollen und welche Last oder welche Droge sie freiwillig beschließen, zu sich zu nehmen. Ich vertraue immer noch auf die Vernunft des Menschen und auf einen Freiheitsbereich, also das Recht der persönlichen Freiheit, die ich nicht eingeschränkt haben möchte, zumal ich aus dieser Maßnahme nicht herauslesen kann, inwieweit sie schwerwiegend die Gesundheit der Menschheit belastet. Aus diesem Grund erlaube ich mir, dagegen zu stimmen.

PRESIDENTE: Il consigliere Benedikter ha chiesto la parola sul Regolamento. Prego.

BENEDIKTER (UFS): Herr Präsident! Ich sehe die Regierungsbank leer, und ich glaube, es entspricht nicht der Würde eines Landtages und elementaren Spielregeln, daß bei einer Debatte, ganz gleich ob sie wichtig oder unwichtig ist - diese Debatte gehört nach meiner Ansicht gar nicht in den Landtag, sondern gehört wennschon ins Gruppensprecherkollegium, ob geraucht werden darf oder nicht -, auf der Regierungsbank niemand sitzt. Ich beantrage den Landtag auszusetzen, bis eine Mindestvertretung des Landesausschusses gegeben ist.

PRESIDENTE: E' vero quello che Lei dice, cioè che la Giunta non è presente, però è anche vero che questa mozione viene rivolta al Presidente del Consiglio provinciale, che è

presente e che sta ascoltando tutti gli interventi. E' una mozione che riguarda il divieto di fumo nei locali del Consiglio provinciale, perciò è una mozione di competenza del Consiglio provinciale. Avrei sicuramente accolto la Sua richiesta se non fosse stato presente il competente assessore, ma in questo caso la competenza è del Presidente del Consiglio provinciale, perciò proseguiamo con la trattazione di questa mozione.

BENUSSI (MSI-DN): Su di un argomento come questo è logico che io parli a titolo personale e non a titolo di gruppo, perché innanzitutto non sono il capogruppo, in secondo luogo ognuno è libero di interpretare e di giudicare un argomento di questo genere dal proprio punto di vista. Pertanto, esprimerò il mio personale punto di vista.

Sono favorevole alla mozione presentata dal collega Pahl per un motivo molto semplice: credo in questa proposta, per cui darò il mio voto. Il motivo per il quale sono a favore della proposta non dipende solamente dal fatto che, come normalmente si legge, c'è in tutto il mondo un certo movimento diretto a salvaguardare la salute pubblica, che fa presente i danni causati direttamente e indirettamente dal fumo, per cui non mi addentro in quel settore, perché tutti più o meno abbiamo sentito parlare di questo argomento. Cito solo la Svezia, che mi pare sia stato uno dei primi Paesi che hanno vietato il fumo anche per strada, non solo negli ambienti chiusi. Uno è libero di rovinarsi la salute se effettivamente se la rovina, o per dare diletto a sé stesso se effettivamente gli piace fumare, però esclusivamente in un ambiente di sua proprietà o un posto dove gli altri gli permettono di farlo. Ma il ragionamento che faccio è questo: ero un accanito fumatore; ho cominciato purtroppo già a 12 anni a fumare e non avendo soldi fumavo le sigarette più tremende, perché costavano meno. Fumavo le Popolari, poi le Alfa, fumavo sigari, ecc. Ero pertanto un accanito fumatore. Non me ne vanto, perché non è il caso di farlo, però sono contento di essere riuscito drasticamente a smettere di fumare; ormai sarà più di una ventina di anni che non fumo più. Poi mi è capitata una cosa: dopo aver smesso di fumare, negli ambienti dove si fumava non sopportavo più il fumo. Sarà stato perché ancora avevo nicotina nel sangue, sarà stato per altri motivi, resta il fatto che se mi trovo in un ambiente dove si fuma, a prescindere da quella che è la difficoltà ad esprimermi quando mi trovo in un ambiente dove si fuma, e mi capita anche quando vado a telefonare, perché molti fumano anche nel piccolissimo atrio dove si telefona, non riesco quasi a parlare.

A prescindere dall'educazione di non fumare almeno in certi ambienti, torno a dire che il fatto che mi ha portato a non fumare sta anche nella logica, per cui nel mio piccolo ho cercato di fare sempre di proselitismo nello smettere di fumare; so che è difficile, perché ho sofferto nel momento in cui mi mancava il fumo, e non è che avessi smesso perché ritenevo che mi facesse male, quanto perché mi ero accorto che mi ero così assuefatto al fumo che non mi accorgevo più di fumare: iniziavo al mattino con il toscano o con la sigaretta in bocca e finché andavo a dormire fumavo. Un amico, nei momenti in cui non fumavo, mi chiedeva se volevo una sigaretta: la rifiutavo e dopo 3 secondi inavvertitamente tiravo fuori la sigaretta e me l'accendevo. Ho capito allora che ero diventato uno schiavo, uno schiavo completo della nicotina.

Se questo non mi dà più gioia, perché non mi può dar gioia, ma è esclusivamente un bisogno in quanto non posso farne a meno, vuol dire che qualcosa non funziona. Non è come quando si beve un buon bicchiere di vino alla fine di un pasto, magari anche un superalcolico

in un certo momento, perché si completa un qualcosa e si può assaporarlo; se uno è abituato non è nient'altro che schiavo, e se è schiavo di questa droga, perché la nicotina effettivamente è una droga, decisamente nuoce anche a quelli che non fumano. Come nel mio piccolo sono riuscito ad impormi con la volontà, dimostrando che uno può smettere di fumare: non fa più male a sé stesso e non fa più male a quelli che lo circondano; non butta più via nemmeno i soldi in fumo, perché chi fuma butta via i soldi.

Ci sono dei compagni di partito che non la pensano come me; sono liberissimi di farlo. A questo proposito ringrazio il collega Montali, che quando mi porta a casa con la sua macchina non fuma in mia presenza. Lo ringrazio ufficialmente e mi scuso se ho fatto questo intervento completamente differente dal suo punto di vista.

VIOLA (PDS): Essendomi io occupato sia a livello locale che a livello nazionale - poi spiegherò in che senso - del problema del fumo e dell'alcol, ovviamente non potevo evitare di prendere la parola su questo argomento.

I miei amici mi dicono scherzosamente che posso morire contento, perché comunque passerò alla storia, nel senso che nello Statuto del vecchio Partito Comunista del 1989 e anche nel nuovo statuto nazionale del PDS, approvato successivamente, c'è l'articolo, che io proposi al congresso nazionale del partito, il quale stabilisce che nelle riunioni di partito è vietato fumare. Questo articolo è stato approvato con una votazione molto risicata.

Questo mi ha attirato simpatie e antipatie nelle diecimila sezioni a seconda dei casi in cui il nostro partito è organizzato a livello nazionale. Allora, al di là di questo episodio un po' anedddotico, io distinguo la proposta fatta dal collega in due parti: il problema del fumo da quello dell'alcol, perché dal mio punto di vista sono due cose profondamente distinte. Sappiamo tutti quali sono i danni del fumo passivo, cioè il fumo che i non fumatori respirano: le ultime ricerche negli Stati Uniti hanno addirittura cercato di quantificare questo problema con delle cifre che sono veramente gravi. Siccome mi ritengo un liberal-socialista, vorrei essere molto chiaro a questo riguardo, visto che non faccio un discorso di tipo paternalistico-autoritario: riconosco il diritto a chiunque di amministrarsi come meglio ritiene e quindi al fumatore di fumare come e quanto vuole. A mio avviso c'è altrettanto un diritto costituzionale, che ormai sarà anche riconosciuto da una legge futura, dei non fumatori di respirare aria pulita. Non va mai dimenticato - lo ricordo a tutti gli ambientalisti fumatori, che a mio avviso sono come il Papa che bestemmia, ma lo dico scherzosamente, come battuta - che il fumo è una forma gravissima di inquinamento ambientale, più grave di qualunque altra forma di cui ci occupiamo molto di più. Ritengo quindi, per essere molto breve, di distinguere possibilmente la problematica, nel senso che io ritengo che serva a poco se qui dentro non si fuma e fuori ci sono centinaia di persone che fumano, perché fumano anche i visitatori, perché poi uno esce e si respira l'aria fumosa degli altri. Da questo punto di vista va tutelata la libertà del fumatore di fumare e allo stesso tempo il diritto del non fumatore di non fumare il fumo e quindi bisogna separare i due momenti: il fumatore andrà a fumare in un posto dove non inquina gravemente l'aria degli altri con il massimo rispetto del diritto del fumatore di fumare.

Per quanto riguarda la questione del personale, la mozione è un po' sintetica, quindi andrebbe un pochino dettagliata, ma è una cosa su cui può intervenire l'Ufficio di Presidenza. Il personale del Consiglio provinciale ha tutto il diritto di fumare, purché non ci sia una

persona che non fuma e non vuole fumare la sua aria. Se lui fuma da solo nella sua stanza e non vi entra il pubblico, ecc., fumi pure; se c'è un collega che non fuma o se nel suo ufficio entra il pubblico bisogna che smetta di fumare, perché questo è più grave che mettere il tubo di scappamento di un TIR dentro la stanza. E' probabilmente più grave rispetto al fumo passivo, non si sfugge.

Finisco con la questione dell'alcol. A volte sono stato male interpretato da alcuni, non so quanto in buona fede e quanto in mala fede; infatti ho chiesto per due volte, e mi dispiace molto che sempre per un pelo non sia potuto passare, che si introducesse il divieto della somministrazione di superalcolici ai minori di 18 anni; per il resto i maggiori di 18 anni hanno il diritto di bere ciò che vogliono. Per una ragione di principio e per una ragione clinica l'eccesso di alcol fa male solo a chi lo beve, non fa male a chi sta vicino a lui. Il fumo, invece, è purtroppo democratico e comunitario e quindi viene fumato da tutti. Distinguerai, quindi, questi due elementi. Per quanto riguarda soprattutto la questione del fumo sarebbe un segnale importante trovare un accordo tutti insieme, con reciproco rispetto e senza polemiche inutili, perché penso che i principi siano chiari. Sarebbe poi un esempio, visto che noi siamo la "Hohes Haus", per gli altri uffici. Tra l'altro stiamo anche anticipando una legge che sta per arrivare, perché c'è già in tutti i Paesi europei; noi come al solito siamo sempre gli ultimi, ma arriveremo anche su questo punto.

KLOTZ (UFS): Das erste, nämlich den Landtag zur raucherfreien Zone zu erklären, ist mir ein Anliegen, auch ein persönliches; beispielsweise bei den Kommissionssitzungen, man will nicht immer wieder Streit mit den Kollegen deswegen haben. Aber wenn der Landtag gleich als raucherfrei erklärt wird, dann kommt auch keiner mehr in die Versuchung, es zu probieren, weil er dann damit rechnen muß, daß er von den anderen Kollegen, zu Recht, darauf angesprochen wird, das bleiben zu lassen. Was Superalkoholika angeht, ist das sicherlich mehr eine symbolische Maßnahme, denn im Grunde genommen müssen wir doch davon ausgehen, daß jeder selbst weiß, wann er genug hat und wieviel er verträgt.

Infolgedessen würde ich sagen, wenn der Beschlußantrag durchgeht, ist es in Ordnung, ich werde dafürstimmen. Sollte es keine Mehrheit in dieser Konstellation geben, würde ich dem Einbringer raten, daß er getrennt abstimmen läßt, wenn nicht insgesamt eine Mehrheit zustandekommt, also, daß man den Landtag wenigstens als raucherfreie Zone erklärt.

MERANER (FDU): Goethe hat einmal das schöne Wort geschrieben: *"Die Stärke der Deutschen ist das Verbieten"*. Und in diesem Sinne ist der Kollege Pahl sicherlich ein guter Deutscher. Ich habe es eingeschränkt auf diesen Bereich.

Persönlich tue ich mich etwas schwer, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen, weil ich leicht in den Verdacht geraten könnte, nicht objektiv zu sein und anderen jenes Opfer abzuverlangen, das mir selbst kein Opfer bedeutet, weil ich nie in meinem Leben geraucht habe und auch keine Superalkoholika von vornherein genieße. Ich habe von der Natur her dieses Glück. Und somit würde mir die Realisierung dieses Antrages überhaupt kein Opfer bedeuten. Trotzdem möchte ich mich bemühen, im Hinblick auf jene, denen es ein Opfer bedeuten könnte, zu urteilen. Und ich sage, daß ich in der Sache zwar sehr einverstanden bin, weil man ihnen ja nicht nur ein Opfer für die anderen abverlangt, sondern es geht auch um

ihre eigene Gesundheit, aber ich werde dem Antrag - Kollege Pahl - trotzdem nicht zustimmen, weil ich davon ausgehe, daß wir die Dinge weniger mit Verboten und Geboten regeln sollten, als vielmehr mit Überzeugungskraft. Und gerade hier in diesem Hause, wo, meine Wenigkeit ausgenommen, ja alles überdurchschnittlich intelligente Leute zirkulieren, müßte das an und für sich auch ohne Gebot und Verbot möglich sein.

MONTALI (MSI-DN): Non intendo, anche perché ho pochi minuti a disposizione, entrare nelle tematiche che sono state svolte dai colleghi. E' evidente che come fumatore il mio modo di vedere è diverso da quello degli altri.

Volevo invece solo avere un chiarimento. Questa mozione passerà senz'altro, perché i non fumatori prevalgono, e devo dire che anch'io potrei avere rimorsi di coscienza a votare contro dopo aver sentito dal collega Viola che il fatto che io fumi nei corridoi del Consiglio è come se fossi un tubo di scappamento di un TIR con rimorchio. Questo veramente mi ha spaventato e mi imporrà di fare dei profondi esami di coscienza.

Volevo aggiungere solamente, perché è inutile entrare in questa tematica, qualcosa alla dichiarazione del collega Benussi, che ha affermato che buttiamo via i soldi. Non è vero! I soldi purtroppo li diamo allo Stato, perché del monopolio di Stato si tratta. Questo potrebbe quasi essere peggio che buttarli via.

Volevo solo che la Presidenza, alla quale è rivolta questa mozione, interpellando eventualmente il presentatore, facesse un po' di chiarezza, perché dobbiamo sapere come comportarci domani, e cioè chi saranno le persone addette a reprimere gli abusivi nei corridoi. Mi chiedo se saranno gli uscieri che dovranno intimare di smettere di fumare e se ci sono delle sanzioni per quelli che fumano. Questa parte andrebbe un po' chiarita, in modo che i fumatori sappiano a quali pericoli vanno incontro e chi sono le persone addette: la polizia, i carabinieri, gli uscieri. Volevo solo prospettare questo aspetto.

Un'altra considerazione riguarda i superalcolici e consiste nel ricordo che in quest'aula un disegno di legge, che voleva alzare l'età per l'accesso ai superalcolici nei locali pubblici di tutta la provincia, è stato bocciato. Non capisco come si possa nel bar del nostro Consiglio, che è un locale pubblico e che è dotato, come Consiglio, di una licenza come i bar di tutta la città, addirittura proibire il superalcolico (questo in via di principio) quando non siamo stati capaci neanche di limitarlo nell'uso pubblico ai giovani. Ci sono queste incongruenze.

Per il resto evidentemente il mio voto è un voto di imputato, pertanto vale quanto può valere. Invoco clemenza dalla Corte!

PRESIDENTE: Volevo aggiungere anch'io qualcosa anche perché questa mozione è giustamente indirizzata al Presidente del Consiglio provinciale. Innanzitutto mi sembra che le ultime osservazioni che ha voluto fare il consigliere Montali abbiano una certa logica: ci sono certamente delle difficoltà per fare in modo che un'ordinanza prevista dalla mozione Pahl venga applicata, perché di fatto non è possibile poter incaricare gli uscieri per questo controllo. Supponiamo che nei locali del Consiglio provinciale vengano anche dei visitatori, come è normale che avvenga: non vedo proprio in che modo gli uscieri possano vietare ad eventuali visitatori di fumare quando la legge non lo stabilisce. Anche lo stesso testo della mozione prevede una raccomandazione. Infatti si dice: "*...raccomanda al suo Ufficio di Presidenza*".

Diverso è invece il problema dell'alcol o dei superalcolici in quanto il bar interno è un locale privato, in un certo senso, in quanto il Consiglio provinciale medesimo è proprietario del bar. Pertanto si potrebbe anche trovare una forma per evitare che i superalcolici siano presenti nel medesimo bar come prodotti da mettere a disposizione dei clienti.

Certamente molto più difficile è prevedere in che modo applicare l'eventuale ordinanza di divieto del fumo - non sono previste assolutamente le sanzioni -, cioè in che modo chi non rispetta l'ordinanza dovrebbe essere colpito. Per cui la mozione da questo punto di vista è un po' incompleta. Per questa ragione, come Presidente del Consiglio provinciale, credo di non poter dare una direttiva precisa, in quanto questa mozione non ha una valenza politico-ideologica, ma ha una valenza di sensibilità personale. Ognuno sarà libero di sentirsi autorizzato di esprimere un voto come meglio ritiene, secondo la propria coscienza e non secondo impostazioni di partito. Per quanto mi riguarda, mi asterrò su questa mozione e come Presidente del Consiglio mi atterrò a quello che il Consiglio provinciale medesimo vorrà decidere.

PAHL (SVP): Ganz kurz, Herr Präsident, zu den einzelnen Stellungnahmen. Kollege Tribus hat, glaube ich, von Tolleranz gesprochen. Die Tolleranz, Kollege Tribus, können die Nichtraucher von den Rauchern verlangen und nicht umgekehrt. Und wenn Sie als Grüne Partei von Umweltschutz reden, so müssen Sie hier im kleinen anfangen, wenn Sie Glaubwürdigkeit nach außen bewahren wollen. Es geht hier um keine große Sache, aber man schwätze nicht von Umwelt, wenn man den Nichtrauchern den Rauch in diesen Räumen zumuten will. Da brauchen wir keinen eigenen Raucherraum. Soviel Kontrolle kann sich schon jeder angebliche Umweltschützer selbst auferlegen.

Was die Stellungnahme des Kollegen Benussi betrifft, bedanke ich mich recht herzlich bei ihm für seine Zustimmung.

Kollege Viola hat ebenfalls von einem Verfassungsrecht auf eine saubere Luft gesprochen. Soweit wir sie in unserem eigenen Hause machen können, sind wir wohl selbstverständlich dazu angehalten. Er meint, man solle eventuell getrennt den Teil vom Superalkohol abstimmen. Und Frau Klotz meint es auch. Ich habe nichts gegen eine getrennte Abstimmung. Ich bin für beide Verbote, aber ich habe nichts gegen eine getrennte Abstimmung.

Was die Sanktionen betrifft. Der Präsident hat darauf verwiesen. Ich habe mit Absicht keine Sanktionen hineingegeben, in der Annahme, daß jeder sich dann an eine eventuelle Verfügung des Präsidiums mit aller Selbstverständlichkeit hält. Und die Besucher werden ein Schild, das man anbringt, ja sehen; und sonst machen wir sie darauf aufmerksam. Mit Absicht habe ich auf Sanktionen verzichtet, weil man von dem Signal, das wir heute setzen, auch nach außen dieses Beispiel zur Kenntnis nehmen soll. Überlegen wir, wir fordern immer wieder die Leute auf, ihre eigene Gesundheit zu schützen. Wenn wir dieses Zeichen heute nicht setzen, dann machen wir uns in diesem Punkt einfach unglaublich nach außen, dann wird die öffentliche Meinung wieder bestätigen "*Na, ja, die oben erlauben sich alles und nach unten predigen sie*". Gerade gegenüber der Jugend, glaube ich, daß wir dieses minimale Zeichen setzen sollten, bevor ein Staatsgesetz uns sowieso mit Sanktionen dazu zwingt. Gehen wir diesen Schritt freiwillig und setzen dieses Beispiel. Meine Partei ist sicher dafür, und ich

hoffe, daß die Umweltschützer, die echten und die angeblichen, in der Opposition auch dafür sind.

Zur getrennten Abstimmung. Das würde die Herausnahme eines Nebensatzes bedeuten, wo es heißt *"und in der hauseigenen Bar des Landtages keinen Superalkohol ausschenken zu lassen - e di vietare la mescita di superalcolici nel bar del Consiglio"*. Es kann ohne weiteres eine getrennte Abstimmung gemacht werden. Ich bin allerdings für beide Verbote.

PRESIDENTE: Prima di mettere in votazione la mozione vorrei chiarire alcuni aspetti. Non ho capito se la richiesta di votazione separata è una richiesta formale.

VIOLA (PDS): E' una richiesta formale, signor Presidente.

PRESIDENTE: Mi sembra di aver capito, consigliere Viola, che prima mettiamo in votazione la parte propositiva e poi il resto.

MERANER (FDU): No, separatamente, signor Presidente: prima solo il fumo e poi solo i superalcolici!

ABGEORNETE: (*unterbrechen - interrompono*)

PRESIDENTE: Mi si fa presente che facendo due votazioni separate viene modificata la sostanza della mozione.

Prego, consigliere Klotz.

KLOTZ (UFS): Danke Herr Präsident! Das stimmt nicht. Es kann getrennt abgestimmt werden und zwar der erste Teil: *"Der Südtiroler Landtag empfiehlt dem Präsidium des Landtages, mit einer Verordnung alle Räume des Landtages zur raucherfreien Zone zu erklären"*. Punkt. Und dann der zweite Teil: *"... in der hauseigenen Bar des Landtages keinen Superalkohol ausschenken zu lassen"*. Warum soll das nicht gehen?

MERANER (FDU): Sowieso geht das.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Ja, ja, geht schon!

PRESIDENTE: Allora si vota prima, se il proponente è d'accordo, sulla parte riguardante i superalcolici e poi su quella che riguarda il fumo.

Passiamo alla votazione. E' stata richiesta la verifica del numero legale da parte del consigliere Holzmann.

Pongo in votazione la prima parte, con la quale si raccomanda all'Ufficio di Presidenza di dichiarare con apposita ordinanza tutti i locali del Consiglio provinciale quale zona interdetta al fumo: 9 voti favorevoli, 4 voti contrari e 2 astensioni. Non c'è il numero legale.

Considerato che sono le ore 12.53, interrompiamo adesso la seduta e riprendiamo nel pomeriggio con la ripetizione della votazione.

ORE 12.53 UHR

ORE 15.00 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori.

Ripetiamo la votazione della prima parte, cioè la parte impegnativa che prescrive il divieto di fumare in tutti i locali del Consiglio: approvata con 15 voti favorevoli, 6 voti contrari e 1 astensione.

Pongo ora in votazione la seconda parte, cioè la parte che prevede il divieto di mescita di superalcolici nel bar interno del Consiglio: respinto con 7 voti favorevoli, 7 voti contrari e 4 astensioni.

Mi è stato richiesto da parte di alcuni consiglieri di sospendere la seduta del Consiglio per permettere di discutere su alcuni punti dell'ordine del giorno. Accolgo la richiesta, per cui la seduta è sospesa fino alle ore 17.

Consigliere Benedikter, su che cosa desidera la parola?

BENEDIKTER (UFS): Zum Fortgang der Arbeiten. Wir hätten auch anderes zu tun. Wenn jetzt die Sitzung schon für eine so lange Zeitspanne unterbrochen werden soll, würde ich es für richtig finden, sie gleich zu schließen und erst morgen fortzufahren. Wir haben auch zu tun. Nur hier herumsitzen und warten ...

PRESIDENTE: Accolgo la richiesta del consigliere Benedikter, considerato che alla ripresa dei lavori mancherebbe poco tempo rispetto alla prevista chiusura della seduta, e così ogni consigliere potrà essere libero di svolgere i suoi compiti.

Riprenderemo i lavori domani mattina alle ore 10.

La seduta è tolta.

ORE 15.32 UHR

SEDUTA 183. SITZUNG

3.2.1993

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Benedikter (4,28,35)
Benussi (29)
Durnwalder (6,16)
Frasnelli (15)
Klotz (14,31,34)
Meraner (25,31,34)
Montali (32)
Pahl (26,33)
Pellegrini (32)
Saurer (24)
Tribus (5,27,34)
Viola (5,6,7,12,16,18,22,24,30,34)